



Universität Hamburg
DER FORSCHUNG | DER LEHRE | DER BILDUNG

motra
Monitoringsystem und
Transferplattform Radikalisierung

Forschungsbericht No. 11

Menschen in Deutschland: International (MiDInt)

Untersuchungsdesign, Stichprobe,
Erhebungsinstrument und Codebuch zu Welle 4
(Juli/August 2023)

Peter Wetzels, Thomas Richter, Janosch Kleinschnittger,
Katrin Brettfeld und Diego Farren



Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg



Universität Hamburg

DER FORSCHUNG | DER LEHRE | DER BILDUNG

G I G A

German Institute for Global and Area Studies
Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien

FAKULTÄT
FÜR RECHTSWISSENSCHAFT

„Menschen in Deutschland: International“ (MiDInt) ist ein Kooperationsprojekt des German Institute for Global and Area Studies (GIGA) in Hamburg und des Instituts für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg (UHH). MiDInt wird innerhalb des bundesweiten Forschungsverbundes MOTRA durchgeführt, der durch Zuwendungen des BMBF und des BMI gefördert wird.

MiDInt

Menschen in Deutschland: International

motra
Monitoringssystem und
Transferplattform Radikalisierung

Gefördert durch:



Hamburg, August 2023

© 2023 by the authors. All rights reserved

Universität Hamburg
Fakultät für Rechtswissenschaft

Institut für Kriminologie
Rothenbaumchaussee 33
20148 Hamburg



Photo by UHH/RRZ/Mentz

German Institute for Global and Area Studies
Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien

Institut für Nahost-Studien
Neuer Jungfernstieg 21
20354 Hamburg



Photo by GIGA

Inhaltsverzeichnis

1	Die Studie „Menschen in Deutschland: International“ (MiDInt) im Kontext des MOTRA-Forschungsverbundes	1
2	Die Erhebung MiDInt – Welle 4 (Juli/August 2023) im Kurzüberblick	2
3	Erhebungsdesign und Stichprobe	3
3.1	Durchführung der Feldphase und Qualitätskontrollen	3
3.2	Merkmale der erreichten Analysestichprobe	4
4	Das Erhebungsinstrument	9
4.1	Ereignisbezogene Konstrukte und Messinstrumente: Wahrnehmung und Bewertung international relevanter Geschehnisse	11
4.2	Die zentralen abhängigen Variablen: Einstellungen zu Demokratie, zu politisch motivierter Gewalt sowie Intoleranz gegenüber Fremdgruppen	12
4.2.1	Autokratieakzeptanz und Nationalismus sowie Einstellung zu Demokratie	12
4.2.2	Einstellungen zu zivilem Ungehorsam: Regelverletzungen und Gewalt im Kontext von Protesten	14
4.2.3	Akzeptanz politisch motivierter Gewalt	14
4.2.4	Intoleranz in Form der Ablehnung von Fremdgruppen und Minderheiten	15
4.3	Erhebung von Einflussfaktoren auf individueller und sozialer Ebene	16
4.4	Survey-Experiment zur Akzeptanz von Klimaschutzmaßnahmen und zum Einfluss von Blockadeaktionen von Klimaschutzaktivisten	17
5	Konstrukte und zu deren Messung in der vierten Welle von MiDInt verwendete Items im Überblick	20
	Literatur	25
	Anhang: Fragebogen	I
	Anhang: Codebuch	XIX

Menschen in Deutschland: International (MiDInt) Untersuchungsdesign, Stichprobe, Erhebungsinstrument und Codebuch zu Welle 4 (Juli/August 2023)

*Peter Wetzels, Janosch Kleinschnittger, Thomas Richter,
Katrin Brettfeld & Diego Farren*

1 Die Studie „Menschen in Deutschland: International“ (MiDInt) im Kontext des MOTRA-Forschungsverbundes

Der Forschungsverbund MOTRA (Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung) ist ein Spitzenforschungscluster, innerhalb dessen Forschergruppen aus neun Institutionen (darunter auch die Universität Hamburg) verteilt über fünf verschiedene Orte in Deutschland kooperieren (nähere Informationen dazu finden sich auf der Homepage des Forschungsverbundes MOTRA unter www.motra.info sowie unter www.jura.uni-hamburg.de/die-fakultaet/professuren/kriminologie/motra.html). Die in diesen Verbund integrierten Forschungsprojekte der einzelnen Verbundpartner widmen sich in einem interdisziplinären Zugang sowie unter Einsatz verschiedener Methoden der Analyse von Radikalisierungsprozessen und der Verbreitung von politischen Extremismen in ihren unterschiedlichen Erscheinungsformen in Deutschland.

Ein erstes Ziel des Verbundes MOTRA ist insoweit, ein systematisches und ganzheitliches Monitoring des Radikalisierungsgeschehens in Deutschland zu leisten. Ein zweites Ziel besteht darin, eine zentrale Plattform zu etablieren, die als Anlaufstelle für Wissenschaft, Behörden, Zivilgesellschaft und Politik dient und über die der Austausch des Wissens zur Früherkennung und Prävention von Extremismen erweitert und vertieft werden kann.

Als Teil dieses bundesweiten MOTRA-Forschungsverbundes führt das Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg (UHH) in drei aufeinander abgestimmten Forschungsvorhaben regelmäßig wiederholte, deutschlandweite Einstellungsbefragungen mit je unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen und Zielgruppen durch. Auf diesem Wege sollen Erkenntnisse zur Verbreitung politisch-extremistischer und extremismusaffiner Einstellungen innerhalb der in Deutschland lebenden Wohnbevölkerung gewonnen und dafür maßgebliche Einflussfaktoren analysiert werden. Weiter sollen etwaige Veränderungen in Umfang und Formen über die Zeit dokumentiert und ebenfalls im Hinblick die dafür relevanten Ursachen und Wirkfaktoren genauer in den Blick genommen werden.

Bei der ersten Studie „*Menschen in Deutschland*“ (MiD) (vgl. Brettfeld et al. 2021; Endtricht et al. 2022; Fischer et al. 2023) handelt es sich um eine jährlich wiederholt durchgeführte, repräsentative Bevölkerungsbefragung mit einer Stichprobe von etwa 4 000 Personen (zu Ergebnissen vgl. Fischer et al. 2022; Wetzels et al. 2022a; Brettfeld 2023; Brettfeld et al. 2023d).

Die zweite Studie „*Junge Menschen in Deutschland*“ (JuMiD) richtet ein spezielles Augenmerk auf die Lebenslagen und Interessen junger Menschen im Alter zwischen 16 und 21 Jahren (vgl. Farren et al. 2022) und befragt alle zwei Jahre eine für die Altersgruppe

repräsentative Stichprobe von etwa 3 000 jungen Menschen (zu Ergebnissen vgl. Farren et al. 2023; Fischer & Farren 2023).

Die dritte Studie, „*Menschen in Deutschland: International*“ (MiDInt), wird seit Herbst 2022 durch das German Institute for Global and Area Studies (GIGA) und die UHH als gemeinschaftliches Kooperationsprojekt durchgeführt. Zielgruppe ist auch hier deutsche Wohnbevölkerung ab einem Alter von 18 Jahren. Methodisch ist diese Studie jedoch anders angelegt als die beiden anderen Studien: die Stichprobe wird auf Basis eines Online-Access-Panels gezogen und die Erhebungen erfolgen Online. Thematisch legt MiDInt zudem einen besonderen Schwerpunkt auf internationale Ereignisse, Entscheidungen und Krisen sowie deren Ausstrahlungswirkungen auf Einstellungen und Radikalisierungsprozesse in Deutschland (vgl. dazu u.a. Brettfeld et al. 2023a, 2023c; Richter et al. 2022, 2023b, 2023c; Wetzels et al. 2023a, 2023b).

Die ersten drei Wellen von MiDInt wurden im November 2022, Februar 2023 und im April/Mai 2023 durchgeführt (vgl. Brettfeld et al. 2023b; Kleinschnittger et al. 2023). Der engmaschigere Erhebungsrhythmus für MiDInt (etwa alle 2-3 Monate) im Vergleich zu MiD und JuMiD (jährlich bzw. im Abstand von zwei Jahren) ermöglicht, neu auftauchende Geschehen in der Welt sehr zeitnah zu thematisieren und deren Auswirkungen auf Meinungen und Haltungen der Menschen in Deutschland zu untersuchen. Mit Hilfe von MiDInt kann ferner das Radikalisierungsgeschehen in Deutschland unter Beachtung besonderer aktueller Geschehnisse analysiert werden.

Der vorliegende Forschungsbericht beschreibt für die vierte Welle von MiDInt, die im Juli/August 2023 stattfand, das Erhebungsdesign, die erreichte Stichprobe, die erhobenen Konstrukte und die dazu verwendeten Messinstrumente. Im Anhang findet sich das Erhebungsinstrument im Wortlaut sowie das Codebuch zum Datensatz, dem die Bezeichnungen der Variablen, deren Inhalt und Codierung entnommen werden können.

2 Die Erhebung MiDInt - Welle 4 (Juli/August 2023) im Kurzüberblick

Art der Untersuchung	Bundesweite Online-Befragung einer nach soziodemographischen Merkmalen geschichteten, approximativ repräsentativen Stichprobe
Marktforschungsinstitut	Bilendi S.A.
Erhebungszeitraum	27. Juli bis 3. August 2023
Grundgesamtheit	Deutsche Wohnbevölkerung zwischen 18 und 69 Jahren
Zielgrößen	N=2 750 Befragte ab 18 Jahre
Auswahlverfahren	Quotenstichprobe von Personen ab 18 Jahren aus einem Online-Access-Panel. Die Stichproben wird entsprechend den Verhältnissen in der Gesamtbevölkerung nach Alter, Geschlecht, Bildung und Wohngebiet (West/Ost) geschichtet.
Erhebungsmethode	Standardisierte Online-Befragung
Erhebungssprache	Deutsch
Befragungsdauer	Median: 16 Minuten 35 Sekunden
Realisierte Stichprobe	N=2 448 verwertbare Fälle

3 Erhebungsdesign und Stichprobe

Bei der Studie MiDInt handelt es sich um eine standardisierte Online-Befragung einer Stichprobe in Deutschland lebender Personen zwischen 18 und 69 Jahren. Die Stichprobenziehung erfolgt in Form einer geschichteten Zufallsziehung aus einem großen deutschen Online-Access-Panel.

Das Stichprobendesign unterscheidet sich insofern grundlegend von den beiden anderen repräsentativen Einstellungsbefragungen (MiD) (vgl. Brettfeld et al. 2021; Fischer et al. 2023) und (JuMiD) (vgl. Farren et al. 2022), deren Stichproben unter Verwendung der Daten der Einwohnermeldeämter gezogen werden.

Die Grundgesamtheit von MiDInt besteht aus den erwachsenen Mitgliedern des deutschen Online-Access-Panels des Marktforschungsinstitutes Bilendi S.A., das zum Zeitpunkt der Durchführung der Feldphase rund 300 000 in Deutschland lebende Personen ab 16 Jahren umfasste.

Dieses Online-Access-Panel weicht zwar als Ganzes im Hinblick auf verschiedene soziodemographische Parameter von der Grundgesamtheit der Bevölkerung in Deutschland ab.

So sind etwa mit 60.3% Frauen in diesem Panel überrepräsentiert. Auch jüngere Altersgruppen sind häufiger vertreten, als in der deutschen Gesamtbevölkerung (Personen unter 50 Jahren: 68.2%, Personen über 50 Jahren: 31.8%).

Durch eine gezielte Quotierung - die auf Basis der Daten des statistischen Bundesamtes zu den Verteilungen von Alter, Geschlecht, Bildung und Wohnregion (Ost/West) in der Grundgesamtheit der Wohnbevölkerung in Deutschland zwischen 18 und 69 Jahren erfolgt - können diese Verzerrungen jedoch kompensiert werden.

Aufgrund der Größe des Online-Access-Panels kann über diese Quotierungen erreicht werden, dass daraus gezogene Stichproben im Hinblick auf zentrale soziodemographische Merkmale weitgehend den Verhältnissen entsprechen, wie sie auch in der Grundgesamtheit der altersgleichen Bevölkerung (18-69 Jahre) in Deutschland anzutreffen sind und insoweit auch Repräsentativität approximativ erreicht werden. Im Ergebnis können diese Stichproben dann als annähernd repräsentativ bezeichnet werden. Die darauf basierenden Befunde gestatten von daher auch - mit leichten Einschränkungen, die im Folgenden explizit benannt werden - verallgemeinerungsfähige Schätzungen bezogen auf die erwachsene Wohnbevölkerung ab 18 und bis 69 Jahren in Deutschland.

3.1 Durchführung der Feldphase und Qualitätskontrollen

Für die Realisierung der Erhebung der vierten Welle wurde eine Netto-Stichprobengröße von $N=2\ 500$ Personen anvisiert. Unter Berücksichtigung des Umstandes, dass nicht verwertbare Fälle ausgefiltert werden müssen, wurde vor dem Hintergrund von Erfahrungswerten aus früheren derartigen Studien (vgl. z.B. Richter et al. 2023a; Kleinschnittger et al. 2023; Brettfeld et al. 2023b; s.a. Fischer & Farren 2023) ein Brutto-Stichprobenansatz von $N=2\ 750$ festgelegt.

Für die Stichprobenziehung wurde a priori eine Schichtung der Zielpersonen im Hinblick auf Alter, Geschlecht, Bildung und Ost-West-Verteilung anhand von Referenzwerten des Statistischen Bundesamtes für die Bevölkerung im Alter von 18 bis 69 Jahren bestimmt. Von den 300 000 Mitgliedern des Access-Panels wurden im Laufe der Feldphase insgesamt

28 614 potentielle Zielpersonen - unter Beachtung der vorgegebenen Quotierungen - per Zufall bestimmt. Diese wurden per E-Mail angeschrieben und um Teilnahme gebeten.

Das Erhebungsinstrument wurde durch das Team der UHH und des GIGAs über die Plattform LimeSurvey programmiert. Nur die über die quotierte Stichprobe bestimmten Personen konnten den Fragebogen direkt erreichen.

Die Kontrolle darüber, dass es sich bei den Teilnehmenden tatsächlich nur um Personen aus der gezogenen Teilgruppe des Online-Access-Panels handelt, wurde durch das Kooperationsinstitut (das Marktforschungsinstitut Bilendi) sichergestellt.

Ab Beginn der Feldphase konnten die angeschriebenen Zielpersonen sich über einen ihnen zur Verfügung gestellten Link online an der Befragung beteiligen. Die Befragung erfolgte ausschließlich in deutscher Sprache. Das Erhebungsinstrument wurde im von dem Forschungsteam der UHH und des GIGA über die Plattform LimeSurvey programmiert.

Die Rückläufe der ausgefüllten Fragebögen wurden mit Blick auf die Quotierungsvorgaben fortlaufend mehrfach täglich kontrolliert. Die initialen Fragen im Erhebungsinstrument betrafen deshalb die für die Quotierung relevanten Variablen Geschlecht, Alter, Bildung und Wohnregion. Sobald die für die Quotierungsvariablen mit ihren jeweiligen Ausprägungen a priori bestimmten Zielzahlen erreicht waren, wurden keine weiteren Personen mit dem betreffenden Merkmal mehr in die Befragung aufgenommen. Bei Personen, die sich danach noch zu beteiligen versuchten, erfolgte der Hinweis, dass eine Teilnahme ihrerseits wegen des Überschreitens einer Quote nicht mehr möglich ist.

Die Feldphase begann am 27. Juli 2023. Am 03.08.2023 wurde die Erhebung beendet, nachdem alle Zielzahlen in den verschiedenen Quotierungsvariablen erreicht waren. Zu diesem Zeitpunkt hatten insgesamt $n=2\ 750$ Personen an der Befragung teilgenommen.

Daran anschließend wurden im Rahmen des Datencleanings zunächst jene Fälle ausgesondert, in denen der Anteil nicht beantworteter Fragen bei über 50% lag. In einem zweiten Schritt wurden Fälle ausgesondert, bei denen die Dauer der Bearbeitungszeit eindeutig darauf hinwies, dass die Fragen nicht richtig gelesen worden sein konnten (sog. „Superspeeder“). Neben Personen, die sich zu schnell durch den Fragebogen geklickt hatten, ohne hinreichend Zeit zum Lesen aufzuwenden, wurden auch solche Fälle aus dem Datensatz entfernt, in denen in Itembatterien ausschließlich gerade heruntergekreuzt worden war (sog. „Straightliner“). Diese Qualitätskontrollen seitens der Teams der UHH und des GIGA führten zu einer Reduzierung des Bruttodatensatzes um insgesamt $n = 424$ Fälle. Der finale Datensatz der Analysestichprobe umfasst danach insgesamt **$n = 2\ 448$ verwertbare Fälle**.

3.2 Merkmale der erreichten Analysestichprobe

Ein Vergleich der Analysestichprobe mit den Merkmalen der in Deutschland lebenden Bevölkerung zeigt zunächst, dass in der Stichprobe die regionale Verteilung zwischen West- und Ostdeutschland sowie die Verteilung über die Bundesländer den Verhältnissen in der bundesdeutschen Wohnbevölkerung recht nahekommt.

Für die Ost-West-Verteilung ergibt sich ein nur marginaler Unterschied von 1.3 Prozentpunkten. 81.9% der Befragten stammen aus westdeutschen und 18.1% aus ostdeutschen Bundesländern (einschließlich Berlin).

Tabelle 1: *Verteilung der Stichprobe nach Region (Wohnort Ost/West) sowie Referenzwerte für Deutschland*

	Stichprobe		Referenz
	gültige N	%	%
Ost-West-Verteilung			
Westdeutschland	2 005	81.9	80.6
Ostdeutschland (einschl. Berlin)	443	18.1	19.4

Anmerkung: Quelle der Referenzwerte: Statistisches Bundesamt, Genesis Online, Bevölkerungsfortschreibung, Stand: 31.12.2022

Im Hinblick auf die einzelnen Bundesländer - diese Variable wurde nicht in die Quotierung einbezogen - finden sich ebenfalls vernachlässigbar kleine Differenzen zwischen der Stichprobe und der Verteilung der deutschen Wohnbevölkerung insgesamt.

Die bevölkerungsstarken westlichen Flächenländer Niedersachsen und Baden-Württemberg sowie Hessen sind um 0.7 bzw. 0.9 Prozentpunkte geringfügig unterrepräsentiert. Dagegen sind einige andere Bundesländer in unserer Stichprobe etwas überrepräsentiert. Dazu gehören Schleswig-Holstein (0.6 Prozentpunkte), Bayern (0.9 Prozentpunkte) und die Stadtstaaten Hamburg (1.1 Prozentpunkte) und Bremen (0.6 Prozentpunkte). Die Abweichungen bei den übrigen Bundesländern liegen zwischen 0.1 und 0.5 Prozentpunkten.

Tabelle 2: *Verteilung der Stichprobe nach Bundesland sowie Referenzwerte für Deutschland*

Bundesland	Stichprobe		Referenz
	gültige N	%	%
Schleswig-Holstein	101	4.1	3.5
Hamburg	80	3.3	2.2
Niedersachsen	217	8.9	9.6
Bremen	34	1.4	0.8
Nordrhein-Westfalen	536	21.9	21.5
Hessen	164	6.7	7.6
Rheinland-Pfalz	123	5.0	4.9
Baden-Württemberg	306	12.5	13.4
Bayern	409	16.7	15.8
Saarland	35	1.4	1.2
Berlin	102	4.2	4.4
Brandenburg	66	2.7	3.0
Mecklenburg-Vorpommern	35	1.4	1.9
Sachsen	113	4.6	4.8
Sachsen-Anhalt	57	2.3	2.6
Thüringen	70	2.9	2.5

Anmerkung: Quelle der Referenzwerte: Statistisches Bundesamt, Genesis Online, Bevölkerungsfortschreibung, Stand: 31.12.2022

Damit sind die Abweichungen hinsichtlich der regionalen Verortung der Personen über die Bundesländer in einem gut tolerablen Bereich. Allerdings sollten mit diesen Daten keine differenzierteren Auswertungen für einzelne Bundesländer vorgenommen werden. Dies

wäre - vor allem bei kleineren Bundesländern - aufgrund der dann zu geringen Fallzahlen recht fehleranfällig.

Auch die Verteilung der Befragten hinsichtlich der Größe ihres Wohnortes (vgl. Tabelle 3) trifft die entsprechenden Referenzdaten der Gesamtbevölkerung recht gut. Dabei wurde auch diese Variable nicht in die Quotierung mit aufgenommen. Befragte, die in einem Ort mit weniger als 100 000 Einwohnern leben, machen 64.8% der Stichprobe aus. Diese Rate weicht nur um 3.1 Prozentpunkte von den Daten des Statistischen Bundesamtes ab. Im Gegenzug sind Befragte aus Großstädten mit mehr als 500 000 Einwohnern mit 1.4 Prozentpunkte leicht überrepräsentiert. Solche Überrepräsentationen der Bewohner von Großstädten sind in Befragungen allerdings grundsätzlich häufiger anzutreffen. Unterschiede zu früheren Erhebungen im Rahmen von MiDInt bestehen insofern nicht.

Tabelle 3: Verteilung der Stichprobe nach Größe des Wohnortes sowie Referenzwerte für Deutschland

Ortsgröße	Stichprobe		Referenz
	gültige N	%	%
< 100 000 EW	1 580	64.8	67.9
100 001 bis 499 999 EW	413	16.9	15.2
> 500 000 EW	447	18.3	16.9

Anmerkung: Quelle der Referenzwerte: Statistisches Bundesamt, Genesis Online, Verteilung der Haushaltsmitglieder nach Gemeindegrößenklasse, Stand: 2019; fehlende Angaben zu Wohnortgröße bei n=8 Befragten.

Die Verteilung nach Alter und Geschlecht wurde, wie auch die Quotierung, über Referenzwerte des Statistischen Bundesamtes bezogen auf Personen im Alter zwischen 18 und 69 Jahren geprüft (Altersrange der Mitglieder des Online-Access-Panels).

Der Anteil weiblicher (51.3%) und männlicher Befragter (48.4%) weicht in der Stichprobe mit 1.6 und 1.9 Prozentpunkte von den Verhältnissen in der Gesamtbevölkerung geringfügig ab.¹ Im Vergleich zu den vorherigen Erhebungen in MiDInt sind diese Differenzen zwar etwas höher, liegen aber immer noch in einem tolerablen Bereich. Dabei ist in der vorliegenden Stichprobe der Anteil der weiblichen Befragten höher, während sich das in der Grundgesamtheit umgekehrt darstellt.

Die Altersverteilung der Stichprobe entspricht recht gut den Verhältnissen, wie sie in der Gesamtbevölkerung bei den 18- bis 69-Jährigen anzutreffen ist. In den Altersgruppen 50 bis 59 Jahre sowie 60 bis 69 Jahre finden sich in der Stichprobe mit 1.5 bzw. 1.3 Prozentpunkten nur geringe Abweichungen von den Verteilungen in der Gesamtbevölkerung. Komplementär dazu sind die Anteile jüngerer Menschen unter den Befragten etwas geringer als in der Gesamtbevölkerung (1.6 Prozentpunkte Differenz in der Altersgruppe 18 bis 29 Jahre und 1.2 Prozentpunkte in der Altersgruppe 30 bis 39 Jahre). In der Gruppe der 40- bis 49-Jährigen weicht die Stichprobe überhaupt nicht vom Referenzwert ab.

¹ Zu beachten ist hier, dass die amtlichen Referenzdaten noch keine Angaben zum Anteil von Personen mit diversem Geschlecht enthalten. Insofern wurden zur Bestimmung der Passung der Befragungsdaten mit den Referenzdaten auch nur jene Befragte berücksichtigt, die als Geschlecht männlich oder weiblich angaben. Nicht berücksichtigt wurden damit n=7 Personen, die als Geschlecht divers angaben.

Auch die Verteilung des Bildungsniveaus in der Stichprobe zeigt nur geringfügige Abweichungen von den Referenzwerten. Befragte mit niedrigem Bildungsstand sind mit 0.7 Prozentpunkten Differenz zur Referenzgruppe leicht überrepräsentiert. Befragte mit hohem Bildungsstand sind hingegen mit einer Differenz von 0.6 Prozentpunkten in der Stichprobe etwas unterrepräsentiert. Der Anteil der Menschen mit mittlerem Bildungsstand entspricht indes den Verteilungen in der Gesamtbevölkerung genau.

Tabelle 4: Verteilung der Stichprobe nach Alter, Geschlecht und Bildung sowie Referenzwerte für Deutschland

	Stichprobe		Referenz
	gültige N	%	%
Geschlecht			
Weiblich	1 257	51.3	49.7
Männlich	1 184	48.4	50.3
Alter			
18 bis 29 Jahre	442	18.1	19.7
30 bis 39 Jahre	449	18.4	19.6
40 bis 49 Jahre	440	18.0	18.0
50 bis 59 Jahre	593	24.2	22.7
60 bis 69 Jahre	522	21.3	20.0
Bildungsstand			
Haupt-/Volksschule bzw. kein Abschluss	848	34.6	33.9
Mittlere Reife	763	31.2	31.2
Fachhochschul o. -Hochschulreife	837	34.2	34.8

Anmerkung: Die Referenzwerte für Geschlecht und Altersgruppen beziehen sich auf die Gesamtbevölkerung zwischen 18 und 69 Jahren. Quelle: Statistisches Bundesamt, Genesis Online, Bevölkerungsforschreibung, Stand: 31.12.2022. Angabe „divers“ (n=7) und Befragte über 69 Jahre (n=2) wurden nicht einbezogen.

Die Referenzwerte für den Bildungsstand berücksichtigen nicht Personen, die noch in schulischer Ausbildung sind oder die keine Angaben gemacht haben. Quelle: Statistisches Bundesamt (2020a)

Insgesamt ist es damit durch die Quotierungen gelungen sicherzustellen, dass die über das Online-Access-Panel erreichte Stichprobe mit Blick auf zentrale soziodemographische Merkmale den Verhältnissen in der Grundgesamtheit gut entspricht.

Es ist allerdings zu beachten, dass speziell Personen mit Migrationshintergrund in solchen Stichproben regelmäßig unterrepräsentiert sind, was auch durch Quotierungen nicht auszugleichen ist.

Als Menschen mit Migrationshintergrund wurden Personen definiert, die nach eigenen Angaben (entweder selbst oder mindestens ein Elternteil) nach Deutschland zugewandert sind oder die nicht nur die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Die Angabe zur Religionszugehörigkeit wurde ebenfalls den Selbstangaben der Befragten entnommen.

Dies gilt auch für die Stichprobe der Welle 4 von MiDIInt. So finden sich in der Analytestichprobe 94.6% Befragte, die eine deutsche Staatsbürgerschaft aufweisen. Diese Rate ist damit um beinahe 10 Prozentpunkte im Vergleich zur deutschen Wohnbevölkerung überhöht. Der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund ist mit 4.5% deutlich geringer, als das für die Gesamtbevölkerung gilt (24.2%).

Zu beachten ist, dass die Befragung auch aus Kostengründen ausschließlich in deutscher Sprache durchgeführt wurde. Insoweit war zu erwarten, dass Personen mit Migrationshintergrund damit weniger gut erreicht werden können.

Damit korrespondierend ist der Anteil an Personen mit muslimischer Religionszugehörigkeit mit 2.6% erheblich niedriger als in der Gesamtbevölkerung, wo dieser auf etwa 6.4-6.7% geschätzt wird. Die Rate der Personen mit christlicher Religionszugehörigkeit entspricht mit einer Differenz von nur 0.3 Prozentpunkten hingegen gut den Verhältnissen in der Gesamtbevölkerung.

Tabelle 5: Verteilung der Stichprobe nach Migrationshintergrund, Staatsangehörigkeit und Religion sowie Referenzwerte für Deutschland

	Stichprobe		Referenz
	gültige N	%	%
Migrationshintergrund			
Mit MHG	111	4.5	24.2
Ohne MHG	2 335	95.4	75.8
Staatsangehörigkeit			
Deutsch	2 304	94.6	84.8
Deutsch und andere	79	3.2	2.5
Nichtdeutsch	52	2.1	12.7
Religion			
Christen	1 259	51.7	52.0
Muslime	64	2.6	6.4-6.7

Anmerkung: Quelle der Angaben zum Migrationshintergrund: Statistisches Bundesamt (2020b);
 Quelle der Angaben zur Staatsangehörigkeit: Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsforschung,
 Stand: 31.12.2020 und Statistisches Bundesamt (2020b);
 Quelle der Angaben zur Religion: DBK, EKD und Pfündel et al. 2021

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Stichprobe in zentralen soziodemographischen Merkmalen wie Alter, Geschlecht, Bildung und der regionalen Verortung weitestgehend den Verhältnissen entspricht, wie sie sich in der erwachsenen Wohnbevölkerung in Deutschland finden lässt.

Eine wichtige Einschränkung, die bei der Interpretation der Befunde wie auch der Handhabung der Daten zu beachten ist, besteht darin, dass Befragte mit Migrationshintergrund in dieser Stichprobe unterrepräsentiert sind.

Mit Blick auf die deutschsprachige Wohnbevölkerung mit deutscher Staatsangehörigkeit im Alter zwischen 18 und 69 Jahren stellt diese Stichprobe jedoch eine recht gute Abbildung der Grundgesamtheit dar. Sie kann insoweit als *annähernd repräsentativ* bewertet werden.

Besonders bedeutsam für die längsschnittliche Betrachtung von Trends ist die Feststellung, dass die Abweichungen zwischen Grundgesamtheit und Stichprobe sich zwischen den Wellen 1, 2, 3 und 4 von MiDInt nicht unterscheidet, so dass diesbezüglich keine relevanten Verzerrungen in Bezug auf zeitliche Veränderungen der hier in den Blick genommenen Größen zu erwarten sind.

Fragen einer möglichen Stichprobenverzerrung sind dabei mit Blick auf die in die Studien integrierten Surveyexperimente und darüber getroffene Aussagen über nachweisbare kausale Effekte aufgrund der eingesetzten Randomisierung ansonsten nicht relevant.

4 Das Erhebungsinstrument

Das Erhebungsinstrument für die vierte Welle der Studie „Menschen in Deutschland: International“ (MiDInt) wurde anknüpfend an die für die bisherigen Wellen von MiDInt (vgl. diesbezüglich zur ersten Welle Brettfeld et al. 2023b, zur zweiten Welle Kleinschnittger et al. 2023 und zur dritten Welle Richter et al. 2023a) sowie für die Studien MiD (vgl. Brettfeld et al. 2021; Fischer et al. 2023) und JuMiD (vgl. Farren et al. 2022) bereits vorliegenden standardisierten Fragebögen entwickelt.

Um Redundanzen in der Beschreibung des Erhebungsinstruments zu vermeiden, werden die bereits in vorherigen Studien verwendeten - und in den jeweiligen Forschungsberichten ausführlich dargestellten - Messinstrumente nur in aller Kürze beschrieben und vor allem auf die relevanten Abweichungen und Veränderungen für die vierte Welle von MiDInt hingewiesen.

Die für MiDInt besonders relevanten Messinstrumente zu aktuellen internationalen Ereignissen, Krisen und politischen Entscheidungen thematisieren neben Meinungen und Bewertungen solcher Geschehnissen auch damit verbundene Erwartungen an die Politik in Deutschland sowie darauf bezogene Sorgen der Befragten.

Diesbezüglich wird für jede Welle von MiDInt durch die Forschungsgruppen an der UHH und dem GIGA jeweils neu entschieden, welche aktuellen ereignisbezogenen Fragen neu aufgenommen werden bzw. welche Geschehnisse auch mehrfach wiederholt in verschiedenen Wellen von MiDInt thematisiert werden, um Trends zu identifizieren.

Über solche Themen hinaus, die sich auf konkrete Ereignisse beziehen welche aufgrund aktueller Veränderungen der politischen Lage auch zwischen den Wellen variieren können, umfasst das Erhebungsinstrument einen Kern von Fragen und Konstrukten, die immer wieder in weitestgehend gleicher Form in MiDInt integriert werden.

Das betrifft zum einen politische Einstellungen, die zu den Kernthemen des multimethodalen integrierten Monitorings im Forschungsverbund MOTRA insgesamt gehören. Im Zentrum des Interesses stehen insoweit Messungen der Einstellungen zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie Maße für Intoleranz und Vorurteile (Muslimfeindlichkeit, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Ablehnung von Geflüchteten). Hier werden auch Skalen und Fragen verwendet, die in vergleichbarer und zum Teil identischer Form in MiD und JuMiD eingesetzt werden (vgl. Endtricht et al. 2022; Farren et al. 2022; Fischer et al. 2023).

Einige Messinstrumente, wie etwa die Skala zur Erfassung krisenbezogener Akzeptanz von Autokratie und Demokratieablehnung, wurden jedoch für MiDInt gänzlich neu entwickelt. Das gilt z.B. über die Skala zur Erfassung von Autokratieakzeptanz hinaus auch für die Messung von Nationalismus im Sinne einer Ablehnung nationenübergreifender Verpflichtungen und transnationaler Kooperationen (etwa mit Blick auf die EU), was auch als Präferenz für Unilateralismus angesehen werden kann. Diese Messung basiert in Teilen auf Instrumenten aus den Erhebungen des ISSP 2013 (Scholz & Jutz 2015), die für MiDInt angepasst wurde. Diese beiden Skalen zu Autokratie und Nationalismus erfassen wichtige Aspekte rechtsextremer Einstellungen, die so in einer alternativen, neuen Form im Vergleich zu MiD und JuMiD gemessen werden.

Eine weitere neu für MiDInt entwickelte Skala zielt auf die Messung der Akzeptanz von zivilem Ungehorsam bis hin zu strafrechtlich relevanten Verhaltensweisen im Rahmen von Protestaktionen ab. Die hier thematisierten Protestformen reichen von kleineren

Regelverletzungen ohne strafrechtliche Relevanz über Ordnungswidrigkeiten bis hin zu strafrechtlich relevanten Formen politisch motivierter Gewalt im Zusammenhang mit Protesten.

Diese zunächst für die Studie MiDInt exklusiv entwickelten Messinstrumente werden über die verschiedenen Wellen hinweg, ausgehend von den jeweils neuesten Erkenntnissen aus den Auswertungen der Daten und vor dem Hintergrund der Beobachtung neuerer gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen, immer wieder angepasst, gekürzt oder ergänzt. Ggfs. kann hier auch entschieden werden, diese Instrumente in anderen Teilerhebungen von MOTRA (darunter auch MiD und JuMiD) aufzugreifen.

Eine Reihe weiterer Einflussgrößen, die aus theoretischer Sicht sowie vor dem Hintergrund des bisherigen Forschungsstandes für die Erklärung von politisch-extremistischen Einstellungen relevant sind, werden darüber hinaus bei MiDInt immer wieder in gleicher Form in die Befragungen einbezogen. Das ermöglicht, deren Bedeutung für erkennbare Trends der Veränderung der Verbreitung unterschiedlicher Formen und Aspekte politisch extremistischer Einstellungen zu überprüfen.

Wichtige Variablen sind insoweit aktuelle und in nächster Zeit von den Befragten erwartete wirtschaftliche und soziale Belastungen, die subjektive Zufriedenheit mit der eigenen finanziellen Situation sowie ggfs. bestehende Abhängigkeiten von staatlichen Sozialhilfeleistungen.

Erfasst werden ferner - wie auch in den Studien MiD und JuMiD - Erfahrungen kollektiver Marginalisierung der Eigengruppe, das Systemvertrauen bezogen auf staatliche Institutionen, die subjektive Einschätzung der (In)Kompetenzen gesellschaftlicher Entscheidungsträger sowie die Ausprägung und Verbreitung von Verschwörungsmentalität.

Im Hinblick auf politische Einstellungen werden außerdem über die sogenannte Sonntagsfrage die individuellen Parteipräferenzen erhoben sowie Indikatoren für allgemeine Demokratiezufriedenheit bzw. Maße für Demokratieskepsis.

In der vierten Welle von MiDInt wurde erstmals auch eine neu entwickelte Messung des Vertrauens der Befragten in internationale Institutionen und Organisationen eingesetzt. Insoweit wird die Messung des allgemeinen Systemvertrauen, wie es in den bisherigen Wellen sowie in den anderen Teilerhebungen von MOTRA (MiD und JuMiD) erfasst wurde, das sich auf nationale staatliche Institutionen bezieht, um eine internationale Komponente ergänzt.

Schließlich werden auch zentrale soziodemografische Grunddaten erfasst. Dazu gehören neben Alter, Geschlecht und Bildungsniveau weiter noch die Staatsangehörigkeit, der Migrationsstatus sowie die Religionszugehörigkeit. Ferner werden Daten zur regionalen Verortung der Befragten (Bundesland, Ortsgrößenklassen ihrer Wohnorte, regionale Herkunft) erfasst.

Diese Daten werden zum einen benötigt, um über Vergleiche der Stichprobe mit der Grundgesamtheit die Repräsentativität der erreichten Analytestichprobe einschätzen zu können. Diese Informationen sind aber auch bedeutsam, um die soziale und regionale Verteilung politisch extremistischer sowie intoleranter Einstellungen und Vorurteile in verschiedenen Subgruppen und gesellschaftlichen Milieus genauer beschreiben und analysieren zu können.

4.1 Ereignisbezogene Konstrukte und Messinstrumente: Wahrnehmung und Bewertung international relevanter Geschehnisse

Der Ukraine-Krieg wird auch in der vierten Welle von MiDInt als zentrales Thema im Erhebungsinstrument aufgegriffen. Neben einer Thematisierung von möglichen Auswirkungen des Krieges auf das Leben der Menschen in Deutschland werden auch politische Maßnahmen aufgegriffen, die kontrovers diskutiert werden. Dazu gehört die militärische Unterstützung der Ukraine durch Deutschland und die Aufnahme der Ukraine in die Europäische Union und die NATO.

Ein zweiter Schwerpunkt der vierten Welle von MiDInt liegt auf der Klimakrise und deren Wahrnehmung in der deutschen Bevölkerung. Dabei wird insbesondere die gesellschaftspolitische Debatte rund um die Wahrnehmung der Ernsthaftigkeit und Bedrohlichkeit des weltweiten Temperaturanstiegs und seiner Folgen sowie das auf die Sensibilisierung der Bevölkerung und die Intensivierung gesellschaftlicher Debatten gerichtete zivilgesellschaftliche Engagement in Form von Protest- und Blockadeaktionen von Gruppierungen wie der letzten Generation aufgegriffen. Die Legitimität dieser Protestformen sowie deren Auswirkungen auf die Akzeptanz von Klimaschutzmaßnahmen wird kontrovers in Politik und Gesellschaft diskutiert. Um dieser Debatte eine empirische Grundlage zu bieten, wurde in der vierten Welle von MiDInt ein darauf bezogenes Surveyexperiment integriert.

Im vorliegenden Forschungsbericht wird grundsätzlich der Begriff „Klimakrise“ verwendet, um der Ernsthaftigkeit der globalen Entwicklungen rund um den weltweit registrierbaren Temperaturanstieg gerecht zu werden. Im Erhebungsinstrument wurde dies dagegen mit dem Begriff „Klimawandel“ bezeichnet, der für die Befragten neutraler, in der öffentlichen Diskussion bereits länger etabliert und daher auch weiterverbreitet und verständlicher ist. Insofern wird von Klimawandel gesprochen, wenn direkt wörtlich auf entsprechende Inhalte des Erhebungsinstruments Bezug genommen wird.

Einleitend wurden in der Befragung, nach einem Hinweis auf die zahlreichen gegenwärtigen gesellschaftlichen Veränderungen und Herausforderungen, **generelle Besorgnisse** im Hinblick auf diese Entwicklungen und Phänomene thematisiert.

Die Befragten konnten hier das Ausmaß ihrer Besorgnis in Hinblick auf die Folgen des Klimawandels, den Zuzug von Geflüchteten, das mögliche Ausbrechen eines Krieges in Deutschland, einen weiteren Anstieg der Preise, ein Schrumpfen der deutschen Wirtschaft und ein mögliches Zusammenbrechen des internationalen Banken- und Finanzsystems angeben. Darüber hinaus wurde auch nach Besorgnissen im Hinblick auf islamistische Terroranschläge in Deutschland gefragt.

Neu für die vierte Erhebungswelle wurden zusätzlich auch Besorgnisse wegen rechts- und linksextremistischer Gewaltakte erfasst. So kann zwischen den drei gemeinhin unterschiedenen Formen politisch- bzw. religiös-extremistischer Gewalt (Linksextremismus, Rechtsextremismus, Islamismus) differenziert werden und ein Überblick darüber gewonnen werden, welchen Extremismusphänomenen aus Sicht der Bevölkerung ein Bedrohungspotenzial zugeschrieben wird und wie unterschiedlich diese je nach Phänomenbereich ggfs. ausgeprägt ist.

Weiter wurden die Befragten in sechs Fragen gebeten, die Wahrscheinlichkeit einzuschätzen, dass sie innerhalb der nächsten sechs Monate in **wirtschaftliche Schwierigkeiten** geraten oder sich ökonomisch einschränken müssen.

Diese Angaben dienen der Messung der subjektiven Antizipation drohender wirtschaftlicher Belastungen in den Bereichen Miete, Heizung- und Stromkosten, Grundnahrungsmittel, Freizeit und Urlaub sowie durch den Verlust des Arbeitsplatzes.

Ferner wurden spezifische **Sorgen hinsichtlich des Ukraine-Krieges** erfasst. Zum einen wurden **direkte Ängste** in Bezug auf kriegerische Akte, die unmittelbar Deutschland betreffen, erfragt.

Thematisiert wurden insofern ein militärischer Angriff Russlands auf Deutschland, russische Anschläge auf Einrichtungen in Deutschland sowie der Einsatz von Atomwaffen in Europa.

Zum anderen wurden Sorgen wegen möglicher *Folgen des Ukrainekrieges* auf das Leben und die gesellschaftliche Situation in Deutschland thematisiert.

Erhoben wurden hier Sorgen wegen einer möglichen Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland, wegen eines Zusammenbruchs der Energieversorgung in Europa, wegen zu hoher Ausgaben Deutschlands für Waffen und Militär sowie wegen möglicher Engpässe bei der Versorgung von aus der Ukraine geflüchteten Menschen.

Bezogen auf konkrete politische Maßnahmen wurde in der aktuellen Welle erhoben, inwieweit die Befragten die militärische Unterstützung der Ukraine durch Deutschland befürworten oder ablehnen. Hierfür wurde an das Erhebungsinstrument der zweiten Welle von MiDInt aus Februar 2023 angeknüpft, in der die damals und auch heute noch viel diskutierten und teilweise auch stattfindenden militärischen Unterstützungsmaßnahmen aus Deutschland für die Ukraine erstmals aufgegriffen wurden (vgl. dazu auch Richter et al. 2023c). Für die aktuelle Welle wurde diese Itematterie aktualisiert und an die fortgeschrittene Diskussion in Gesellschaft und Politik angepasst. Dabei beschränkt sich das aktuelle Erhebungsinstrument auf Maßnahmen von Seiten Deutschlands und thematisiert eine etwaige militärische Unterstützung durch andere Länder nicht.

Die Fragen reichen von der generellen Ablehnung jeglicher Waffenlieferungen durch Deutschland über die Akzeptanz der Lieferung militärischer Ausrüstung nur zu Verteidigungs- sowie der Entsendung von Personal der Bundeswehr zur Ausbildungszwecken bis hin zur Befürwortung der Lieferung von (Angriffs-)Waffen, wie Kampfpanzern, Kampfflugzeugen, Streubomben, U-Booten oder Raketen mit großer Reichweite sowie der Entsendung von Bodentruppen der Bundeswehr in die Ukraine.

Darüber hinaus wurden die Aufnahme der Ukraine in die Europäische Union einerseits sowie in das nordatlantische militärische Bündnis der NATO andererseits thematisiert.

Hierzu wurde abgestuft erhoben, inwieweit die befragten Personen die Aufnahme der Ukraine in die EU oder NATO generell ablehnen oder einer Aufnahme zustimmen. Bei der Befürwortung einer Aufnahme wurde dabei differenziert zwischen einer möglichst alsbaldigen Aufnahme im Rahmen eines verkürzten Verfahrens (EU) und noch vor Ende des Krieges (NATO), sowie einer Aufnahme im Rahmen des üblichen Verfahrens (EU) aber erst nach Ende des Krieges (NATO).

4.2 Die zentralen abhängigen Variablen: Einstellungen zu Demokratie, zu politisch motivierter Gewalt sowie Intoleranz gegenüber Fremdgruppen

Zentrale abhängige Variablen sind zum einen Einstellungen zu Demokratie und Freiheitsrechten. Im Zentrum stehen dabei in MiDInt Autokratieakzeptanz und Nationalismus, die u.a. auch Elemente rechtsextremer Einstellungen sind, sowie die generelle Bewertung der Demokratie als Staatsform. Zum anderen werden darüberhinaus auch die Akzeptanz von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele (politisch-motivierte Gewalt) sowie Ausprägungen vorurteilsbehafteter, pauschal negativer Haltungen (Intoleranz) gegenüber ausgewählten Fremdgruppen in den Blick genommen. Schließlich wird auch erhoben, inwieweit Regelverletzungen, Normverstöße und Straftaten bis hin zu Gewalt im Kontext politischer Proteste akzeptiert werden.

4.2.1 Autokratieakzeptanz und Nationalismus sowie Einstellungen zur Demokratie

Einstellungen im Sinne der *Befürwortung einer autokratischen Staatsorganisation* sowie die *Zustimmung zu einer unilateralistischen bzw. nationalistischen Politik* wurden über zwei

Skalen erfasst, die für die erste Welle von MiDInt neu konzipiert und für die weiteren Erhebungswellen angepasst und verbessert wurden.

Die Items der Skala zur Erfassung von Autokratieakzeptanz wurden so gestaltet, dass die Ablehnung demokratischer Prinzipien mit der aktuellen Lage bzw. mit aktuellen Krisenphänomenen in Zusammenhang gebracht wird. Insofern handelt es sich hier um die Erfassung einer „*krisenbezogenen Autokratieakzeptanz*“. Insgesamt besteht diese Itembatterie in der vierten Welle aus neun Items.

Maßgeblich für MiDInt ist die „Krisenbezogenheit“ des Konstrukts. Hierfür wurden die Aussagen in den Einzelitems mit einem Hinweis auf die „aktuelle Situation/Lage“ versehen, sodass die Ablehnung demokratischer Staatsstrukturprinzipien stets in Zusammenhang mit aktuellen Krisenphänomen gebracht werden kann.

Die im Rahmen der vorhergehenden Wellen zur Skalenbildung verwendeten fünf Items sowie ein weiteres Einzelitem sind auch im Erhebungsinstrument zur vierten Welle verwendet worden. Sie werden in Welle 4 durch weitere drei Items ergänzt, die dazu dienen, Informationen über dieses Konstrukt zu erweitern und ggfs. die Skala zu optimieren. Direkte Vergleiche der zeitlichen Trends auf Skalenebene sind insofern aber weiterhin über die aus fünf Items bestehende Skala möglich.

Erhoben wurden die Zustimmung bzw. Ablehnung zu einer Reduzierung des Einflusses des Bundestages im Interesse einer starken politischen Führung, die Zustimmung zu den Aussagen, dass in der aktuellen Lage eine „Diktatur die bessere Staatsform“ sei und dass in der aktuellen Lage der Staat einen Führer benötigt, „der das Land zum Wohle aller mit starker Hand regiert“.

Neben diesen Aspekten der Reduzierung des Einflusses der Legislative zugunsten der Exekutive und der Etablierung einer autokratischen Führung wurden Zustimmungen zur Einschränkung des Rechtsstaatsprinzips und der Gewaltenteilung (Handlungsfähigkeit der Regierung darf in der heutigen Krise „nicht durch Gerichte eingeschränkt“ werden), die Ablehnung von Opposition und Meinungsvielfalt (längere politische Debatten und Meinungsvielfalt „können wir uns aktuell nicht leisten“) aufgenommen.

Über diese fünf Items aus der in den bereits vorgelegten Analysen verwendeten Skala zur Autokratieakzeptanz hinaus (vgl. dazu Wetzels et al. 2023) wurde auch die Meinung zu der Aussage erhoben, dass wir Politiker an der Macht benötigen, die Entscheidungen auch gegen Mehrheitsbeschlüsse durchsetzen.

Drei weitere Items wurden neu in die vierte Welle einbezogen. Zum einen geht es dabei um Haltungen zur Einschränkung der Pressefreiheit (Journalisten sollten sich aktuell „mit Kritik an Politikern, die Probleme aktiv anpacken, zurückhalten“) sowie zur Ablehnung bzw. Befürwortung von Ein- und Vielparteiensysteme („Was Deutschland heute braucht, ist eine einzige starke Partei“; „In diesen Zeiten ist es wichtig, dass es in Deutschland eine Vielfalt von politischen Parteien gibt“).

Die Skala „*nationalistische Einstellungen*“ wurde ebenfalls unverändert aus dem Erhebungsinstrument der dritten Welle übernommen. Die Items dieser Skala betreffen sowohl die Befürwortung eines wirtschaftlichen Protektionismus als auch die Ebene der Ablehnung internationaler Zusammenarbeit zwischen Deutschland und anderen Ländern sowie eine gesellschaftliche Perspektive auf die unterschiedliche Gewichtung der Interessen deutscher Staatsbürger und -bürgerinnen im Vergleich zu Menschen aus anderen Ländern durch die deutsche Politik.

In der dritten Welle wurden Fragen zur Bewertung *der parlamentarischen Demokratie* als Staatsform neu in MiDInt aufgenommen. Das Erhebungsinstrument der vierten Welle greift dieses Konstrukt erneut auf und ergänzt es durch weitere Items, die bereits aus MiD und JuMiD bekannt sind.

Zur Erfassung der *Haltung zur parlamentarischen Demokratie* wurde in der vierten Welle zum einen drei befürwortend formulierten Items („Mit der Demokratie können wir die Probleme lösen, die wir in Deutschland haben“; „Die parlamentarische Demokratie ist noch immer die beste Staatsform“; „Die Demokratie, so wie wir sie heute in Deutschland haben, ist eine gute Sache“) verwendet. Diese werden ergänzt durch zwei ablehnend formulierte Items („Demokratie führt eher zu faulen Kompromissen als zu sachgerechten Entscheidungen“; „Die Demokratie gehört eigentlich abgeschafft“). Darüber hinaus wurden die Befragten gefragt, inwieweit sie sich Sorgen um die Zukunft der Demokratie machen und wie zufrieden Sie mit der derzeitigen deutschen Demokratie sind.

4.2.2 Einstellungen zu zivilem Ungehorsam: Regelverletzungen und Gewalt im Kontext von Protesten

Im Rahmen von Protesten gegen politische Entscheidungen sowie im Kontext des Engagements zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen und Krisen finden sich regelmäßig auch unterschiedliche Formen des zivilen Ungehorsams bis hin zu strafrechtlich relevanter politischer Gewalt.

Die *Akzeptanz* solcher Gesetzesverletzung und diverser Formen des *zivilen Ungehorsams* als Ausdruck von Protest wurde, in Teilen ähnlich wie in den ersten drei Wellen, auch in der vierten Welle durch eine für MiDiInt konzipierte Itematterie erfasst. Im Rahmen dessen konnten die Befragten auf einer Skala von „finde ich völlig falsch“ (-3) bis „finde ich völlig richtig“ (+3) Bewertungen verschiedener Formen von Protest und Regelverletzung abgeben. Gegenüber den vorherigen Wellen wurde die Itematterie im aktuellen Erhebungsinstrument auf 11 Items erweitert.

In diesem Teil der Erhebung wurden die Befragten um ihre Einschätzung bzgl. der Teilnahme an einer gerichtlich verbotenen Demonstration, der Besetzung eines öffentlichen Gebäudes, der Blockade des Straßenverkehrs, anonymer Gewaltdrohungen gegen Politiker im Internet, nächtlicher Versammlungen vor dem Privathaus von Politikern verbunden mit deren lauter Beschimpfung, der Teilnahme an einer Demonstration gegen die Eröffnung einer Flüchtlingsunterkunft, der Blockade des Straßenverkehrs als Form des Klimaaktivismus, des Festkettens an einem Baum zur Verhinderung eines Bauvorhabens, des Bewerfens von Polizeibeamten mit Steinen bei einer Demonstration, des öffentlichen Verbrennens von Staatsflaggen sowie des Besprühens von Fassaden mit Protestparolen.

Mit Blick auf die schwedischen Proteste gegen den Islam durch Personen, die in ihren muslimisch geprägten Herkunftsländern als Christen verfolgt wurden, wurde für die vierte Welle darüber hinaus ein Item zum öffentlichen Verbrennen des Korans aufgenommen.

4.2.3 Akzeptanz politisch motivierter Gewalt

In das aktuelle Erhebungsinstrument wurde auch wieder eine Itematterie zur phänomenübergreifend formulierten *Akzeptanz politisch motivierter Gewalt* integriert, die auf die beiden Befragungen MiD und JuMiD zurückgeht. Für die vierte Welle wurde diese Itematterie unverändert aus dem Erhebungsinstrument der dritten Welle übernommen.

Zur Frage der *Akzeptanz politischer Gewalt* konnten die Befragten angeben, wie sehr sie den Aussagen zustimmen, (1) dass es in jeder demokratischen Gesellschaft bestimmte Konflikte gibt, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen, (2) dass notwendige Veränderungen in der Gesellschaft nur durch eine gewaltsame Revolution herbeigeführt werden können, (3) dass man sich manchmal gegen die Vertreter des Systems mit Gewalt zur Wehr setzen muss, (4) dass es auch in einer Demokratie manchmal notwendig ist, Gewalt zur Erreichung seiner politischen Ziele einzusetzen.

Weiter wurden, über die Skala aus MiD und JuMiD hinaus, auch die folgenden Aussagen aufgenommen: (5) dass Sachbeschädigung bei der Durchsetzung politischer Ziele gerechtfertigt ist; (6) dass Gewalt gegen Personen bei der Durchsetzung politischer Ziele gerechtfertigt ist; (7) dass die Ausübung von Gewalt dann gerechtfertigt ist, wenn es um das Aufhalten der Erderwärmung geht.

4.2.4 Intoleranz in Form der Ablehnung von Fremdgruppen und Minderheiten

Unabhängig von spezifischen politischen Ideologien wurden phänomenübergreifend intolerante Haltungen gegenüber bzw. Abwertungen von Fremdgruppen und Minderheiten gemessen. Dies betrifft *Ausländerfeindlichkeit*, *Muslimfeindlichkeit*, *Antisemitismus* und *die Ablehnung von Geflüchteten* sowie *ausgewählter integrationsunterstützenden Maßnahmen*. Hier wurden die Items aus der dritten Welle von MiDInt unverändert übernommen, sodass auch auf der Skalenebene direkte Vergleiche möglich sind.

Zur Erfassung von *Ausländerfeindlichkeit* wurden fünf ablehnende („Es gibt zu viele Ausländer in Deutschland“; „Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“; „Die Vermischung so vieler Menschen verschiedener Kulturen in Deutschland kann nicht gut gehen“; „Ausländern kann man nicht trauen“; „Ausländer haben in Deutschland zu viel Einfluss“) und eine positiv formulierte Aussage („Ausländer bereichern Deutschland durch neue Ideen und Kulturen“) verwendet.

Drei dieser Items werden in ähnlicher Formulierung auch bei der Erfassung von Muslimfeindlichkeit und Antisemitismus verwendet. Auf diese Weise können diese drei Formen der Vorurteilen und ablehnenden Haltung gegenüber Fremdgruppen direkt miteinander verglichen werden.

Für die Erhebung von *Muslimfeindlichkeit* stehen insgesamt sieben Items zur Verfügung. („Wenn wir nicht aufpassen, wird Deutschland ein islamisches Land“, „Es gibt zu viele Muslime in Deutschland“, „Muslime sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft und gehören zu Deutschland“, „Muslime haben in Deutschland zu viel Einfluss“, „Muslime passen nicht so recht zu uns“, „Muslimen kann man nicht trauen“, „Muslime sind anderen Menschen gegenüber unehrlich und hinterhältig“).

Antisemitische Einstellungen wurden über vier Items operationalisiert. Diese betreffen den sogenannten klassischen Antisemitismus. Hier wurde neben den negativ gepolten Items „Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss“, „Die Juden sind durch ihr Verhalten selbst schuld daran, wenn man schlecht über sie denkt“, „Es gibt zu viele Juden in Deutschland“ und „Juden kann man nicht trauen“ ebenfalls ein positiv formuliertes Item einbezogen („Juden sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft und gehören zu Deutschland“).

Insoweit sind in Bezug auf Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit und Muslimfeindlichkeit ähnlich formulierte positive, auf soziale Akzeptanz und Wertschätzung gerichtete Items enthalten, die unmittelbar miteinander verglichen werden können.

Die *Ablehnung von Geflüchteten* und *ausgewählter integrationsunterstützenden Maßnahmen* wurden in gleicher Weise wie in den ersten beiden Wellen von MiDInt erhoben. Allerdings ist das Antwortverhalten der Befragten der verschiedenen Wellen nicht unmittelbar miteinander vergleichbar, da in den ersten beiden Wellen die Itembatterien Teil eines Surveyexperimentes waren und insofern Verzerrungseffekten im Hinblick auf das jeweilige experimentelle Priming unterliegen. Für unmittelbare Vergleiche können aus den ersten beiden Wellen insoweit nur die Kontrollgruppen herangezogen werden, bei denen kein Priming als experimentelles Treatment stattfand. In der aktuellen Befragungswelle wurden die Fragen unabhängig von einem experimentellen Treatment verwendet. Direkte Vergleiche mit der dritten Welle sind indes ohne Weiteres möglich, da dort die Itembatterie auch ohne Bezug zu einem experimentellen Treatment verwendet wurde.

Einstellungen zu geflüchteten Menschen wurden über drei Aussagen erhoben, in denen geflüchtete Personen als Quelle von Belastungen oder Bedrohungen thematisiert werden („Flüchtlinge bedrohen unsere Lebensweise und unsere Werte“; „Durch Flüchtlinge kommen hauptsächlich mehr Gewalttäter in unser Land“; „Flüchtlinge schaden unserer Wirtschaft“). Ein weiteres Item betrifft die Ablehnung der Fortsetzung der Aufnahme von Geflüchteten in Deutschland („Wir sollten in Deutschland keine weiteren Flüchtlinge mehr aufnehmen“).

Die *Einstellungen zu Unterstützungsmaßnahmen für Geflüchtete* wurden ebenfalls über drei Aussagen erhoben. Hierzu wurde erfasst, inwieweit die Befragten einer unbürokratischeren Anerkennung von Schul- und Berufsabschlüssen Geflüchteter, einer schnelleren Einbürgerung geflüchteter Menschen sowie der Bereitstellung von Wohnraum für Geflüchtete in ihrem eigenen Wohnumfeld zustimmen.

4.3 Erhebung von Einflussfaktoren auf individueller und sozialer Ebene

Extremismusaffine politische Einstellungen können, ebenso wie soziale Vorurteile gegenüber Fremdgruppen, mit Sorgen in Zusammenhang stehen, die Menschen aufgrund aktueller Krisen und politischer Herausforderungen entwickeln. Hier entstehende Sorgen und Bedrohungsgefühle können ihrerseits wiederum durch die individuelle Einschätzung der Kompetenzen und der Handlungsfähigkeit staatlicher Akteure und durch das Vertrauen, das diesen entgegengebracht wird, stark beeinflusst werden (vgl. dazu u.a. Brettfeld & Wetzels 2022a, 2022b; Fischer et al. 2022; Wetzels & Brettfeld 2022; Wetzels et al. 2022a, 2022b; Wetzels et al. 2023; Brettfeld 2023).

Um die insoweit relevanten Konstrukte zu erfassen, wurde in MiDInt auf eine - über die vier Wellen von MiDInt im Kern unverändert eingesetzte - Itematterie zur Erfassung des **Systemvertrauens** zurückgegriffen, die in ähnlicher Weise auch in MiD verwendet wurde (vgl. Brettfeld et al. 2021; Fischer et al. 2023).

Mit diesen Items wird das allgemeine Vertrauen in staatliche Institutionen wie die Gerichtsbarkeit, die Polizei, die politischen Parteien, die Regierung und die staatlichen Behörden gemessen. Ergänzend wurde auch das Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Medien erfasst, das auch mit Blick auf die Ausprägung von Verschwörungsmentalitäten relevant ist.

Das so erfasste allgemeine Systemvertrauen bezieht sich auf staatliche nationale Einrichtungen und Institutionen. Für die vierte Welle von MiDInt wurde darüber hinaus auch das **Vertrauen in internationale Institutionen und Organisationen** gemessen.

Dieses Systemvertrauen auf internationaler Ebene betrifft zunächst völkerrechtlich begründete Gerichtsbarkeiten. Auf einer Skala von 1 (überhaupt kein Vertrauen) bis 6 (volles Vertrauen) konnten die Befragten hier angeben, wie viel Vertrauen sie in den internationalen Strafgerichtshof in Den Haag und den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg haben. Die Angabe des Sitzes der Gerichte dient mit Blick auf die Komplexität und Vielfältigkeit völkerrechtlicher Vereinbarungen und Institutionen vorrangig dazu, den Befragten das Wiedererkennen und die Zuordnung der Gerichte zu erleichtern.

Darüber hinaus wurde auch das Vertrauen in transnationale Organisationen, wie die Europäische Union, die NATO und die UNO, abgefragt. Die Angaben der Befragten sind dabei insbesondere mit Blick auf nationalistische und EU-kritische Einstellungen sowie der Bereitschaft der Eingliederung Deutschlands in internationale Zusammenarbeit im Gleichordnungsverhältnis oder der Frage der Aufnahme der Ukraine in diese völkerrechtlich relevanten Bündnisse und Gemeinschaften relevant.

Des Weiteren wurden die Befragten um eine Einschätzung der von ihnen wahrgenommenen **(In)Kompetenzen gesellschaftlicher Entscheidungsträger** aus

Wirtschaft, Wissenschaft und Politik in Bezug auf die Bewältigung gegenwärtiger gesellschaftlicher Herausforderungen gebeten.

Die hier eingesetzten fünf Items thematisieren in Bezug auf Entscheidungsträger die Wahrnehmung eines Desinteresses an den Problemen der einfachen Leute, einer Unfähigkeit zur Bewältigung aktueller Probleme, ein Handeln gegen die Interessen der Bevölkerung, ein Handeln ohne sich vorher ausreichend informiert zu haben sowie die Annahme, dass Entscheidungsträger in unserem Land nur reden aber keine Probleme lösen.

Erfasst wurde ferner die Ausprägung der *Erfahrung kollektiver Marginalisierung* der Eigengruppe, d.h. das Maß, in dem die Befragten wahrnehmen, dass sie zu einer Gruppe von Menschen gehören, die systematisch durch Behörden und Politik in Deutschland benachteiligt werden.

Nach der Einleitung „Menschen wie ich...“, über welche der Bezug zur selbstdefinierten subjektiven Gruppenzugehörigkeit hergestellt wird, wurde erfasst, inwieweit nach Ansicht der Befragten Menschen dieser Art für ihre Leistungen nicht gewürdigt werden, daran gehindert werden, im Leben voranzukommen, von anderen oft geringgeschätzt werden, bei Sozialleistungen benachteiligt werden, von Politikern nicht ernst genommen werden, von Behörden respektlos behandelt werden, von der Polizei unfair behandelt werden, von den Gerichten ungerecht beurteilt werden und mit ihren Problemen von den Medien ignoriert werden. Diese Itematterie entspricht der Erfassungsweise der dritten Erhebungswelle.

Darüber hinaus wurde erhoben, inwieweit die Befragten eine Neigung zur *Akzeptanz von Verschwörungsnarrativen* (Verschwörungsmentalität) zeigen. Dazu wurde eine aus insgesamt fünf Items bestehende Skala zur Erfassung der verschwörungstheoretisch konnotierten Delegitimation von Politik und Medien verwendet (vgl. Wetzels & Brettfeld 2022).

Diese Skala misst zum einen eine nicht auf spezifische Verschwörungserzählungen begrenzte, generalisierte Verschwörungsmentalität, die als zentralen Bestandteil eine implizite generalisierte Negativbewertung von Eliten enthält (vgl. dazu auch Nachtwey, Schäfer & Frei 2020; Lamberty & Rees 2021; Rees & Lamberty 2019). Die Befragten konnten dazu angeben, wie sehr sie den Aussagen, dass es geheime Organisationen gibt, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben, dass Politiker und andere Führungspersonlichkeiten nur Marionetten der dahinterstehenden Mächte sind und dass Medien und Politik unter einer Decke stecken, zustimmen.

Ergänzend wurden noch zwei weitere Items eingesetzt, die spezifische Verschwörungsnarrative aufgreifen. Hier geht es um die Fälschung von Studien, die den Klimawandel belegen und den Einfluss von privaten Großunternehmen auf politische Entscheidungen.

Diese Itematterie entspricht dem Erhebungsinstrument der dritten Welle, so dass hier direkte Vergleiche und die Analysen von Trends möglich sind.

4.4 Survey-Experiment zur Akzeptanz von Klimaschutzmaßnahmen und zum Einfluss von Blockadeaktionen von Klimaschutzaktivisten

Die Klimakrise und deren Folgen für Lebensräume und -grundlagen auf der ganzen Welt sind eine der prägenden Herausforderungen für die heutige Gesellschaft und Politik. Die Irreversibilität der Veränderlichkeit natürlicher Systeme sowie die Dringlichkeit und Ernsthaftigkeit des weltweiten Temperaturanstiegs und der damit verbundenen Klimafolgeschäden sind dabei bereits lange bekannt und wissenschaftlich aufgearbeitet (vgl. dazu den sechsten Sachstandberichts des Weltklimarats IPCC).

Neben der politischen und gesellschaftlichen Diskussion um notwendige und geeignete Klimaschutzmaßnahmen liegt ein Schwerpunkt der öffentlichen Debatten derzeit auch auf der Frage der Akzeptanz verschiedenartiger, auf die Sensibilisierung der Öffentlichkeit

gerichteter Protestformen durch Klimaaktivisten und -aktivistinnen, z.B. von Gruppen wie der Letzten Generation. Im Fokus steht insbesondere die Legitimität von Protestaktionen, die in weiten Teilen von Formen des zivilen Ungehorsams und durch gezielte Regelverletzungen geprägt sind, sowie deren Auswirkungen auf die Akzeptanz von Klimaschutzbemühungen.

Im Sinne eines Klimaschutzes der auf Rückhalt in der breiten Mehrheit der Bevölkerung setzt, würden bspw. die Blockadeaktionen der Letzten Generation im Straßenverkehr der eigenen Sache möglicherweise schaden. Dies kritisierten u.a. der Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (vgl. ZDF 2023) und der Bundeskanzler Olaf Scholz (vgl. Zeit 2023). Ergebnisse zu dieser Frage des Protestverhaltens und seiner Bewertung wurden insoweit bereits auf Basis der Daten der zweiten Welle von MiDInt vorgelegt. Hier erwies sich, dass zwar Straßenblockaden von der weit überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung als falsch angesehen und abgelehnt werden, dass aber gleichzeitig die mit solchen Protestaktionen verbundenen Forderungen überwiegend geteilt werden (vgl. dazu Brettfeld et al. 2023c). Diese Befunde sind allerdings auf korrelativer querschnittlicher Ebene angesiedelt und insoweit nicht hinreichend, kausale Bezüge zwischen Protestwahrnehmungen und Einstellungen zu Klimaschutzmaßnahmen herzustellen. Dazu sind experimentelle Prüfungen im Rahmen eines randomisierten Kontrollgruppedesigns vonnöten.

Vor diesem Hintergrund wurde dem Thema des Klimaaktivismus in Form von Aktionen des zivilen Ungehorsams und regelverletzendem Protest eine besondere Aufmerksamkeit in der vierten Welle von MiDInt gewidmet. Leitende Forschungsfrage war hier, inwieweit die Wahrnehmung von regelverletzenden Blockadeaktionen aktivistischer Gruppen, wie bspw. der Letzten Generation, bei der damit konfrontierten Bevölkerung in Deutschland einen kausalen Einfluss auf deren Einschätzung der Dringlichkeit und Ernsthaftigkeit der Klimakrise und der damit verbundenen Folgen sowie auf die Akzeptanz der Erforderlichkeit allgemeiner Klimaschutzbemühungen hat. Weiter wird die Frage verfolgt, inwieweit dies auch Einfluss auf die Ablehnung oder Befürwortung von politischen Maßnahmen hat, die seitens der in dieser Form protestierenden Vertretern der Letzten Generation für die Umsetzung eines effektiven Klimaschutz gefordert werden. In diesem Kontext soll zusätzlich auch analysiert werden, inwieweit es eine Rolle spielt, dass solche Blockadeaktionen im Straßenverkehr gewaltfrei ablaufen oder ob die Haltungen davon beeinflusst werden, dass betroffene Autofahrer ihrerseits oder die Klimaaktivisten selbst gewalttätig agieren bzw. reagieren.

Zur Überprüfung dieser Forschungsfragen wurde in die vierte Welle von MiDInt ein Surveyexperiment integriert. Die Befragten wurden randomisiert einer von vier Gruppen zugeteilt. Drei dieser Gruppen waren Experimentalgruppen und erhielten gleichlautend die Information, dass es seit einiger Zeit immer wieder zu Protesten von Klimaaktivisten käme. Die drei Experimentalgruppen erhielten ferner zusätzlich eine fiktive Nachrichtenmeldung über eine massive Behinderung des Autoverkehrs durch Klimaaktivisten, die sich mit ihren Händen auf der Fahrbahn festgeklebt hatten und sofortige Maßnahmen zu Klimaschutz forderten.

Gruppe 1 erhielt nur den Grundfall, in dem die Protestaktion frei von körperlicher Gewalt ablief. In der fiktiven Nachrichtenmeldung der Gruppe 2 schlug indes ein Autofahrer auf einen der Klimaaktivisten ein und verletzte diesen erheblich. Der betroffene Klimaaktivist wehrte sich gegen diesen Angriff nicht. In Gruppe 3 reagierte der Klimaaktivist auf den gleich beschriebenen Angriff indes mit Fußtritten und verletzte dagegen den Autofahrer erheblich.

Gruppe 1: Auf der Parkallee in Richtung Zentrum kam es gestern zu einer massiven Behinderung des Autoverkehrs. Klimaaktivisten hatten sich mit ihren Händen auf der Fahrbahn festgeklebt und forderten sofortige Maßnahmen zum Klimaschutz. Es bildete sich ein kilometerlanger Stau. Mehrere Autofahrer

beschimpften die Aktivisten lautstark als "Klimakleber". Nach zwei Stunden wurde die Protestaktion von der Polizei aufgelöst, wenig später floss der Autoverkehr wieder normal.

Gruppe 2: Auf der Parkallee in Richtung Zentrum kam es gestern zu einer massiven Behinderung des Autoverkehrs. Klimaaktivisten hatten sich mit ihren Händen auf der Fahrbahn festgeklebt und forderten sofortige Maßnahmen zum Klimaschutz. Es bildete sich ein kilometerlanger Stau. Mehrere Autofahrer beschimpften die Aktivisten lautstark als "Klimakleber". Ein Autofahrer stieg aus und schlug auf einen der Klimaaktivisten ein. Der Klimaaktivist, der sich nicht dagegen wehrte, wurde dadurch erheblich verletzt. Nach zwei Stunden wurde die Protestaktion von der Polizei aufgelöst, wenig später floss der Autoverkehr wieder normal.

Gruppe 3: Auf der Parkallee in Richtung Zentrum kam es gestern zu einer massiven Behinderung des Autoverkehrs. Klimaaktivisten hatten sich mit ihren Händen auf der Fahrbahn festgeklebt und forderten sofortige Maßnahmen zum Klimaschutz. Es bildete sich ein kilometerlanger Stau. Mehrere Autofahrer beschimpften die Aktivisten lautstark als "Klimakleber". Ein Autofahrer stieg aus und schlug auf einen der Klimaaktivisten ein. Der Klimaaktivist wehrte sich dagegen mit Fußtritten. Der Autofahrer wurde dadurch erheblich verletzt. Nach zwei Stunden wurde die Protestaktion von der Polizei aufgelöst, wenig später floss der Autoverkehr wieder normal.

Den Befragten der vierten Gruppe wurde keine solche Nachricht vorgelegt. Die Probanden und Probandinnen dieser Gruppe stellen die Kontrollgruppe dar.

Im Folgenden wurden den Befragten aller Gruppen (Gruppe 1-4) zwei Itembatterien vorgelegt. Diese operationalisierten die ersten beiden abhängigen Größen. In der ersten Itembatterie erfassen 8 Items ***Einstellungen zur Dringlichkeit und Ernsthaftigkeit des Klimawandels und allgemeinen Klimaschutzbemühungen***.

Die acht Items betreffen folgende Aussagen zum Klimawandel und Klimaschutz: „Wir müssen schnell etwas gegen den Klimawandel tun, weil es sonst bald endgültig zu spät ist“; „Klimaschutzmaßnahmen sind in Wirklichkeit gar nicht so wichtig, wie viele behaupten“; „Der Klimawandel muss aufgehalten werden, damit unsere Kinder und Enkel eine lebenswerte Zukunft haben“; „Wir müssen hier und heute Maßnahmen gegen den Klimawandel treffen, um den Anstieg des Meeresspiegels aufzuhalten“; „Wir alle sind verpflichtet uns einzuschränken, damit Klimaschutz erfolgreich sein kann“; „Es ist nötig Klimaschutzmaßnahmen zu verstärken, damit es weniger Dürren oder Überschwemmungen auf der Welt gibt.“; „Die Umsetzung wirksamer Maßnahmen zum Klimaschutz gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Menschheit“; „Bevor wir Maßnahmen zum Klimaschutz umsetzen, sollten wichtigere Probleme gelöst werden“.

Die zweite Itembatterie erfasst den ***Grad der Befürwortung oder Ablehnung im Hinblick auf konkrete politische Klimaschutzmaßnahmen***, wie sie von der Letzten Generation zum Aufhalten des Klimawandels vorgeschlagen werden. Diese Fragen wurden bereits in der dritten Welle von MiDiInt verwendet, dort allerdings unabhängig von einem experimentellen Treatment, sodass ein Vergleich über die verschiedenen Erhebungswellen hinweg nur mit der Kontrollgruppe aus der vierten Welle möglich ist.

Die Befragten konnten hier zum vollständigen Verzicht auf Öl, Gas und Wasser zur Gewinnung von Strom und Heizwärme sowie zum vollständigen Verbot von benzin- und dieselbetriebenen PKW ab 2030, zur Einführung eines Tempolimits von 100km/h auf Autobahnen, zum Verbot von Inlandsflügen, zu einer Zusatzsteuer auf Fleischprodukte und zu einem vollständigen Verbot aller Plastikverpackungen Stellungen nehmen.

Die Experimentalgruppen 1 bis 3 erhielten darüber hinaus noch Fragen zur ***Bewertung dieser Blockadeaktionen der Klimaaktivisten***. Dabei wurde ausdrücklich auf den zuvor gezeigten fiktiven Zeitungsartikel Bezug genommen, um die Erinnerung an das konkrete Geschehen, insbesondere den vorliegenden oder fehlenden Einsatz von Gewalt durch Autofahrer und/oder Klimaaktivist, aufzufrischen.

Die Befragten konnten angeben, inwieweit sie „diese/solche Proteste“ (a) für berechtigt halten, (b) als zu weit gehend und nicht in Ordnung ansehen, (c) in Ordnung finden, solange sie gewaltfrei ablaufen oder (d) als Anlass sehen, die Klimaaktivisten streng zu bestrafen.

5 Konstrukte und zu deren Messung in der vierten Welle von MiDInt verwendete Items im Überblick

In der nachfolgenden Übersicht werden die Themen, Konstrukte und die zu deren Messung verwendeten Items aufgelistet. Weiter werden auch deren Quellen dargelegt. Die Darstellung folgt nicht der Reihenfolge der Fragen im Erhebungsinstrument; die Nummern der Fragen im Fragebogen lassen sich jedoch dieser Tabelle gleichfalls entnehmen. Das Erhebungsinstrument ist im Anhang im Original beigefügt, sodass auch die verwendete Abfolge der Fragen und deren exakte Formulierung nachvollziehbar wird.

Tabelle 6: Erhebungsinstrument MiDInt, Welle 4, Juli/August 2023: Überblick zu Konstrukten, Items und deren Quellen

Konstrukt	Inhalte	Quelle	Frage (Item)
Soziodemografie			
Demographische Grunddaten	<ul style="list-style-type: none"> • Geschlecht • Alter • Bundesland • Ortsgröße 	Standarddemographie	30, 31, 35, 36
Bildung/Ausbildung	<ul style="list-style-type: none"> • Schulabschluss • Beruflicher Abschluss 	Standarddemographie	24, 25
Einkommen	<ul style="list-style-type: none"> • Zurechtkommen mit finanziellen Mitteln • Abhängigkeit von staatlicher Unterstützung 	Standarddemographie	33, 34
Ethnische Herkunft/ Migrationshintergrund	<ul style="list-style-type: none"> • Zuwanderung nach Deutschland • Deutsche/Nichtdeutsche Staatsangehörigkeit • Aufenthaltsdauer in Deutschland 	Eigene Entwicklung	26, 28, 29
Regionale Herkunft	<ul style="list-style-type: none"> • Leben im Gebiet der ehemaligen DDR 1989 	Eigene Entwicklung	27
Religionszugehörigkeit	<ul style="list-style-type: none"> • Religionszugehörigkeit 		32
Konstrukte im Kontext aktueller internationaler Ereignisse und Entwicklungen			
Besorgnisse und Ängste aufgrund gesellschaftlicher Herausforderungen und Krisen	Ausmaß der Besorgnis bezogen auf: <ul style="list-style-type: none"> • Klimawandel • Migration • Krieg • steigende Preise • rechts-, linksextremistische oder islamistische Anschläge • Schrumpfen der Wirtschaft • Zusammenbrechen des Banken- und Finanzsystems 	Eigene Entwicklung (Brettfeld et al. 2021; Farren et al., 2022)	1 (1-9)
Antizipierte wirtschaftliche Belastungen und Einschränkungen	Erwartete Einschränkungen <ul style="list-style-type: none"> • Miete/Wohnung • Heizung und Strom • Grundnahrungsmittel • Freizeitaktivitäten • Urlaub • Arbeitsplatzverlust 	Eigene Entwicklung	2 (1-6)
Besorgnisse im Zusammenhang mit Ukraine-Krieg	Ausmaß der Besorgnis bezogen auf: <ul style="list-style-type: none"> • Angriff Russlands auf Deutschland • Russische Anschläge in Deutschland • Verpflichtung zum Militärdienst • Einsatz von Atomwaffen in Europa • Zusammenbruch der Energieversorgung • Zu viel staatliche Militärausgaben • Versorgung von Flüchtlingen 	Eigene Entwicklung (Farren et al. 2022)	3 (1-7)

Tabelle 7: Fortsetzung

Konstrukt	Inhalte	Quelle	Frage (Item)
Militärische Unterstützung der Ukraine durch Deutschland	Deutschland sollte liefern: <ul style="list-style-type: none"> • Gar keine militärische Ausrüstung • nur zu Verteidigungszwecken • Streubomben • Kampfpanzer • Kampfflugzeuge • Raketen mit großer Reichweite • U-Boote • Bundeswehrpersonal zu Ausbildungszwecken • Bodentruppen 	Eigene Entwicklung	4 (1-9)
Aufnahme der Ukraine in die EU und NATO	Aufnahme in die EU <ul style="list-style-type: none"> • überhaupt nicht • im normalen Verfahren • im beschleunigten Verfahren Aufnahme in die NATO <ul style="list-style-type: none"> • überhaupt nicht • erst nach Ende des Krieges • noch vor Ende des Krieges 	Eigene Entwicklung	5 (1-6)
Zentrale abhängige Variablen			
Einstellungen zu politischer Gewalt	Akzeptanz des Einsatzes von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele	Westle 1998, eigene Entwicklung; Hirndorf 2023	15 (1-7)
Zufriedenheit mit deutscher Demokratie	Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland	Best et al. (2023)	6
Einstellungen zu Demokratie/ Demokratieskepsis	<ul style="list-style-type: none"> • Mit der Demokratie können wir Probleme lösen • Demokratie gehört abgeschafft • Demokratie ist beste Staatsform • Demokratie führt zu faulen Kompromissen • Demokratie ist eine gute Sache • Sorgen um Zukunft der Demokratie 	MiD 2021, MiD 2022 (Endtricht et al., 2022; Fischer et al., 2023)	7 (1-6)
Krisenbezogene Autokratieakzeptanz	Befürwortung von demokratiefeindlicher Staatsorganisation im Kontext aktueller Krisen: <ul style="list-style-type: none"> • Reduzierung des Einflusses des Parlaments • Befürwortung von Diktatur • Handlungsfähigkeit der Regierung nicht durch Gerichte einschränken • Durchsetzungsfähige Politiker auch gegen Mehrheitsbeschlüsse • Ablehnung langer Debatten/Meinungsvielfalt • Wunsch nach starkem Führer • Ablehnung von Kritik an Politikern durch Journalisten • Wunsch nach einer einzigen starken Partei • Befürwortung von vielfältigen politischen Parteien 	Eigene Entwicklung	14 (1-9)

Tabelle 8: Fortsetzung

Konstrukt	Inhalte	Quelle	Frage (Item)
Unilateralismus/ Nationalismus	Befürwortung/Ablehnung Einstellungen zu: <ul style="list-style-type: none"> • Einfuhr ausländischer Produkte reduzieren • Verfolgung nationaler Interessen, auch wenn das Konflikte befördert • Fokus auf eigene Bürger anstatt auf andere Länder • Bevorzugung deutscher Firmen bei staatlichen Aufträgen • Nur internationales Engagement, wenn vorteilhaft • Eigene Politik entgegen Ansichten anderer Länder • Austritt aus der EU • Besser Ausbildung eigener junger Menschen anstatt Anwerbung ausländischer Fachkräfte 	Eigene Entwicklung in Anlehnung an ISSP 2013 (Scholtz & Jutz 2015)	9 (1-8)
Intoleranz, Ablehnung von Fremdgruppen und Minderheiten	Abwertung bestimmter Gruppen: <ul style="list-style-type: none"> • Ausländerfeindlichkeit • Muslim-/Islamfeindlichkeit • Antisemitismus/Judenfeindlichkeit • Ablehnung von Geflüchteten und integrationsunterstützenden Maßnahmen 	Zick et al. 2019; Decker et al., 2022 und eigene Entwicklungen: Brettfeld et al. 2021; Fischer et al. 2023	18 (1-11), 19 (1-7), 20 (1-7)
Akzeptanz verschiedener Formen des zivilen Ungehorsams	Bewertungen verschiedener Formen zivilen Ungehorsams zu Protestzwecken: <ul style="list-style-type: none"> • Teilnahme an einer verbotenen Demo • Hausbesetzungen • Versammlung vor Privathaus von Politiker • Politikern im Internet Gewalt androhen • Teilnahme an Demo gegen Flüchtlingsunterkünfte • Blockade des Straßenverkehrs • Festketten an Bäumen • Werfen von Steinen auf Polizisten • Öffentliches Verbrennen einer Staatsflagge • Öffentliches Verbrennen des Koran • Besprühen von Gebäuden/Fassaden mit Farbe 	Eigene Entwicklung	17 (1-11)
Erklärungsfaktoren auf individueller und sozialer Ebene			
Systemvertrauen	Allgemeines Vertrauen in Institutionen: <ul style="list-style-type: none"> • Gerichte • Polizei • Parteien • Regierung • Behörden • öffentlich-rechtliche Medien 	European Value Survey, angepasst (Brettfeld et al. 2021)	8 (1-6)
Vertrauen in internationale Institutionen	Allgemeines Vertrauen in international Organisationen: <ul style="list-style-type: none"> • IStGH in Den Haag • EGMR in Straßburg • EU • NATO • UNO 	Eigene Entwicklung	9 (1-5)

Tabelle 9: Fortsetzung

Konstrukt	Inhalte	Quelle	Frage (Item)
Kompetenz gesellschaftlicher Entscheidungsträger	<p>Einschätzung der Kompetenzen von Entscheidungsträgern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Interesse an Problemen • Fähigkeit zur Bewältigung von Problemen • Handeln gegen Interessen der Bevölkerung • Reden ohne Probleme zu lösen • Handeln ohne ausreichende Informationen 	Eigene Entwicklung (Brettfeld et al. 2021) und Neuentwicklungen	10 (1-5)
Kollektive Marginalisierung	<p>Wahrgenommene Benachteiligungen der Eigengruppe:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Würdigung von Leistungen • Hindern beim Vorankommen im Leben • Geringschätzung durch andere • Benachteiligung bei Sozialleistungen • Respektlose Behandlung durch Behörden • Nicht ernst genommen werden von Politikern • Unfaire Behandlung durch Polizei • Ungerechte Beurteilung durch Gerichte • Ignoranz durch Medien 	Eigene Entwicklung (Endtricht et al., 2022; Fischer et al., 2023)	11 (1-9)
Verschwörungsmentalität	<ul style="list-style-type: none"> • Politiker sind nur Marionetten • Einfluss geheimer Organisationen • Verbindung Medien und Politik • Klimastudien sind meist gefälscht • Einfluss von Großunternehmen 	Rees & Lamberty 2021; eigene Entwicklungen, Wetzels & Brettfeld, 2022	16 (1-5)
Politische Orientierung	Sonntagsfrage	European Value Survey	12

Tabelle 10: Fortsetzung

Konstrukt	Inhalte	Quelle	Frage (Item)
Surveyexperiment: Protestaktionen und Einstellungen zu Klimaschutzmaßnahmen			
Experimentalgruppenzuordnung	<i>Auswirkungen von Protestaktionen durch Aktivisten in Form von Straßenblockaden auf die Haltungen zum Klimawandels und die Akzeptanz von Klimaschutzmaßnahmen</i>	Eigene Entwicklung	
3 Experimentalgruppen (Gruppe 1, 2 und 3) und 1 Kontrollgruppe (Gruppe 4)	<p>UV: Zuordnung zu Gruppen die verschiedene Nachrichten über Blockadeaktion von Klimaaktivisten im Straßenverkehr erhalten</p> <p>Gruppe 1: Blockade und keine Gewalt</p> <p>Gruppe 2: Blockade und Gewalt durch blockierte Autofahrer</p> <p>Gruppe 3: Blockade und Gewalt durch Klimaaktivist in Reaktion auf Gewalt durch blockierten Autofahrer</p> <p>Gruppe 4: keine Nachricht über Blockadeaktion</p>		23 (1-6)
Abhängige Variablen (AV1-AV3)	<p>AV 1: Bewertung des Klimawandels und von Klimaschutzbemühungen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gefahr, dass es bald zu spät sein könnte, um gegen den Klimawandel was zu tun • Überschätzung der Wichtigkeit von Klimaschutzmaßnahmen • Aufhalten des Klimawandels für eine lebenswerte Zukunft der Kinder und Enkel • Sofortige Maßnahmen zur Begrenzung des Anstiegs des Meeresspiegels erforderlich • Verpflichtung von allen sich einzuschränken • Verstärken der Klimaschutzmaßnahmen, um Dürren und Überschwemmungen zu verhindern • Klimaschutz als wichtigste Aufgabe der Menschheit • Wichtigere Probleme vorrangig <p>AV 2: Ablehnung oder Befürwortung von Forderungen in Bezug auf politische Maßnahmen zum Klimaschutz:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Vollständiger Verzicht auf Öl, Gas und Kohle ab 2030 • Vollständiges Verbot von benzin- und dieselbetriebenen PKW ab 2030 • Tempolimit von 100 km/h auf Autobahnen • Verbot von Inlandsflügen • Zusatzsteuer auf Fleischprodukte • Vollständiges Verbot aller Plastikverpackungen <p>AV 3: Bewertung der Straßenblockade durch Klimaaktivisten in eben gezeigter Nachricht</p>		21 (1-8)
			22 (1-6)
			23 (1-4)

Literatur

- Agnew, R. (2006). *Pressured into crime: An overview of general strain theory*. New York: Oxford University Press.
- Agnew, R. (2017). General Strain Theory and Terrorism. In G. LaFree & J. D. Freilich (Eds.), *The Handbook of the Criminology of Terrorism*, (pp. 121-132). Chichester: Wiley.
- BAMF (2022). Aktuelle Zahlen: Ausgabe November 2022, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, online: https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/AsylinZahlen/aktuelle-zahlen-november-2022.pdf?__blob=publicationFile&v=3.
- Best, V., Decker, F., Fischer, S. & Küppers, A. (2023). Demokratievertrauen in Krisenzeiten. Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft? Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung. www.fes.de/studie-vertrauen-in-demokratie
- Brettfeld, K. (2023). Demokratiedistante Einstellungen und die Akzeptanz autokratischer Strukturen vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Herausforderungen und persönlicher Erfahrungen. *Bürger & Staat*, 73 (1/2), 165-173. <https://www.buergerundstaat.de/>
- Brettfeld, K., Kleinschnittger, J., Richter, T. & Wetzels, P. (2023a). Perspektiven auf die Klimakrise: Verbreitung von Sorgen wegen des Klimawandels und Einstellungen zur Weltklimakonferenz 2022. *MOTRA-Spotlight 01/23*. Wiesbaden: BKA. <https://doi.org/10.57671/motra-2023001>
- Brettfeld, K., Farren, D., Kleinschnittger, J., Richter, T. & Wetzels, P. (2023b). *Menschen in Deutschland: International (MiDInt). Untersuchungsdesign, Stichprobe, Erhebungsinstrument und Codebuch zu Welle 1 (Nov. 2022)*. MOTRA-Forschungsbericht No. 7 aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg. <https://doi.org/10.25592/uhhfdm.11564>
- Brettfeld, K., Farren, D., Kleinschnittger, J., Richter, T. & Wetzels, P. (2023c): Besorgnisse wegen der Folgen des Klimawandels, Akzeptanz von Maßnahmen zum Klimaschutz und Einstellungen zu Regelverletzung und zivilem Ungehorsam als Protestformen. *MOTRA-Spotlight 04/23*. Hrsg. von: MOTRA-Verbund, Hamburg und Wiesbaden. <https://doi.org/10.57671/motra-2023004>
- Brettfeld, K., Endtricht, R., Farren, D., Fischer, J.M.K., Kleinschnittger, J. & Wetzels, P. (2023). Extremismusaffine Einstellungen in Deutschland: Entwicklungen seit 2021: Befunde aus den repräsentativen Befragungen der UHH. In: U. Kemmesies, P. Wetzels, B. Austin, C. Büscher, A. Dessecker, E. Grande & D. Rieger (Hrsg.). *MOTRA Monitor 2022*. Wiesbaden: BKA. (im Druck).
- Brettfeld, K. & Wetzels, P. (2022a). Studie „Menschen in Deutschland 2021“. Sorgen und Verunsicherungsgefühle angesichts gesellschaftlicher Herausforderungen, Vertrauen in Staat und Politik sowie Betroffenheit durch Intoleranz und Diskriminierung. *MOTRA-Spotlight 01/22*. Wiesbaden: BKA. <https://doi.org/10.57671/motra-2022001>
- Brettfeld, K. & Wetzels, P. (2022b). Die Studie „Menschen in Deutschland 2021“. Erkenntnisse zu Verbreitung und Hintergründen rechtsextremer Einstellungen in der erwachsenen Wohnbevölkerung im Jahr 2021. *MOTRA-Spotlight 02/22*. Wiesbaden: BKA. <https://doi.org/10.57671/motra-2022002>
- Brettfeld, K., Endtricht, R., Farren, D., Fischer, J.M.K. & Wetzels, P. (2021). *Menschen in Deutschland 2021. Erste Welle der bundesweit repräsentativen Befragung. Entwicklung, Inhalt und Aufbau des Erhebungsinstruments*. MOTRA Forschungsbericht No. 1 aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg. <https://doi.org/10.25592/uhhfdm.10257>.
- Decker, O., Kiess, J., Heller, A. & Brähler, E. (2022). Die Leipziger Autoritarismusstudie 2022 : Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In : O. Decker, J. Kies, A. Heller & E. Brähler (Hrsg.). *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen - alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022*, (S.31-90). Gießen : Psychosozial-Verlag.
- Deutsche Bischofskonferenz (2020). *Katholische Kirche in Deutschland. Zahlen und Fakten 2019/2020*. Arbeitshilfen, 315. Bonn.
- EKD - Evangelische Kirche in Deutschland (2020). *Gezählt 2020. Zahlen und Fakten zum kirchlichen Leben*. Hannover: EKD
- Endtricht, R., Farren, D., Fischer, J.M.K., Brettfeld, K. & Wetzels, P. (2022). *Menschen in Deutschland 2021. Erste Welle der bundesweit repräsentativen Befragung. Durchführung und Rücklauf der Erhebung - Methodenbericht*. MOTRA Forschungsbericht No. 2 aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg. <https://doi.org/10.25592/uhhfdm.10259>.
- Farren, D., Fischer, J.M.K., Brettfeld, K., Endtricht, R., Kleinschnittger, J. & Wetzels, P. (2023). *Demokratiedistanz, extremismusaffine Einstellungen, Akzeptanz politisch motivierter Gewalt sowie Intoleranz gegenüber Minderheiten und Fremdgruppen bei Jugendlichen und Heranwachsenden in Deutschland 2022*. MOTRA-Forschungsbericht No. 10 aus dem Institut für Kriminologie an der

Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg.

<https://doi.org/10.25592/uhhfdm.13176>

- Farren, D., Brettfeld, K., Endtricht, R., Fischer, J.M.K. & Wetzels, P. (2022). *Junge Menschen in Deutschland 2022. Durchführung, Rücklauf, Erhebungsinstrumente und Codebuch der repräsentativen Befragung JuMiD 2022*. MOTRA Forschungsbericht No. 5 aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg.
<http://doi.org/10.25592/uhhfdm.10834>
- Fischer, J.M.K. & Farren, D. (2023) Männliche Opfernarrative und rechtsextreme Einstellungen bei jungen Menschen: Validierung und Anwendung eines Instrumentes zur Erfassung maskulistischer Bedrohungsgefühle. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*. 106 (2), 57-72.
<https://doi.org/10.1515/mks-2022-0017>
- Fischer, J.M.K., Farren, D., Brettfeld, K., Endtricht, R. & Wetzels, P. (2023). *Menschen in Deutschland 2022. Zweite Welle der bundesweit repräsentativen Befragung: Durchführung, Rücklauf, Erhebungsinstrument und Codebuch*. MOTRA Forschungsbericht No. 6. aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg.
<https://doi.org/10.25592/uhhfdm.11415>
- Fischer, J.M.K., Endtricht, R. & Farren, D. (2022). Die Bedeutung kollektiver Marginalisierung und negativer sozialer Emotionen für die Erklärung extremismusaffiner politischer Einstellungen: Eine empirische Untersuchung auf Basis der General Strain Theory. *Rechtspsychologie* 8 (2), 173-195.
<https://doi.org/10.5771/2365-1083-2022-2-173>
- Hirndorf, D. (2023). Radikal fürs Klima? Repräsentative Umfrage zur Verbreitung von radikalen Einstellungen zum Thema Klimaschutz in der deutschen Bevölkerung. Monitor Wahl- und Sozialforschung, Februar 2023. Berlin : Konrad-Adenauer-Stiftung.
<https://www.kas.de/de/monitor/detail/-/content/radikal-fuers-klima>
- Kleinschnittger, J., Farren, D., Brettfeld, K., Richter, T. & Wetzels, P. (2023). Menschen in Deutschland: International (MiDInt). Untersuchungsdesign, Stichprobe, Erhebungs-instrument und Codebuch zu Welle 2 (Feb. 2023). MOTRA-Forschungsbericht No. 8 aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg.
<https://doi.org/10.25592/uhhfdm.11836>
- Lamberty, P. & Rees, J. (2021). Gefährliche Mythen: Verschwörungserzählungen als Bedrohung für die Gesellschaft. In A. Zick & B. Küpper (Hrsg.): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/2021, (S. 283-299). Bonn: J.H.W. Dietz.
- Nachtwey, O., Schäfer, R. & Frei, N. (2020). Politische Soziologie der Corona-Proteste. Grundausswertung. Basel: Universität Basel, Institut für Soziologie. <https://osf.io/preprints/socarxiv/zyp3f/>
- Pfündel, K., Stichs, A. & Tanis, K. (2021). *Muslimisches Leben in Deutschland*. Berlin: BAMF.
https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Forschungsberichte/fb38-muslimisches-leben.pdf?__blob=publicationFile&v=15
- Rees, J.H. & Lamberty, P. (2019). Mitreißende Wahrheiten: Verschwörungsmythen als Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. In Zick, A., Küpper, B. & Berghan, W. (Hrsg.), *Verlorene Mitte - Feindselige Zustände* (S. 203-222). Bonn: J.H.W. Dietz.
- Reinhardt, P., Frings, C. Was determiniert Einstellungen zu den Folgen der Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland? Ergebnisse auf Basis des GESIS-Panels 2016. *Politische Vierteljahresschrift* 61, 701-724 (2020). <https://doi.org/10.1007/s11615-020-00254-2>
- Richter, T., Brettfeld, K., Wetzels, P. Kleinschnittger, J. & Farren, D. (2023a). Menschen in Deutschland: International (MiDInt) Untersuchungsdesign, Stichprobe, Erhebungsinstrument und Codebuch zu Welle 3 (April/Mai 2023). MOTRA-Forschungsbericht No. 9 aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg.
<https://doi.org/10.25592/uhhfdm.12625>
- Richter, T., Kleinschnittger, J., Brettfeld, K. & Wetzels, P. (2023b). Bedrohung und Integration: Einstellungen zu Flüchtlingen in Deutschland. GIGA-Fokus Global: Nr. 1/2023.
<https://doi.org/10.57671/gfgl-23011>
- Richter, T., Wetzels, P., Farren, D. & Brettfeld, K. (2023c). Der Ukrainekrieg: Kriegsängste, die Akzeptanz von Waffenlieferungen und Autokratieakzeptanz in Deutschland. *Russland-Analysen*, Nr. 437 vom 26.05.2023, S. 8-10. <https://www.laender-analysen.de/russland-analysen/437/der-ukrainekrieg-kriegsaengste-die-akzeptanz-von-waffenlieferungen-und-autokratieakzeptanz-in-deutschland/>
- Richter, T., Brettfeld, K., Greipl, S., Hohner, J., Hunger, S., Kanol, E., El Masri, M. & Wetzels, P. (2022). Auswirkungen des Gaza-Krieges 2021 auf Deutschland: Eine mehrdimensionale Analyse des Radikalisierungsgeschehens. In U. Kemmesies., P. Wetzels, B. Austin, A. Dessecker, E. Gran-de, C. Büscher & D. Rieger (Hrsg.), *MOTRA-Monitor 2021*, (S. 222-247). Wiesbaden: BKA.
https://doi.org/10.53168/isbn.978-3-9818469-4-2_2022_MOTRA
- Scholz, E., & Jutz, R. (2015). *ISSP 2013 Germany: National Identity III ; GESIS Report on the German Study*. (GESIS Papers, 2015/14). Köln: GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften.
<https://doi.org/10.21241/ssoar.44011>

- Statistisches Bundesamt (2020a). *Bildungsstand der Bevölkerung - Ergebnisse des Mikrozensus 2019*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt (2020b). *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund - Ergebnisse des Mikrozensus 2020*. Fachserie 1, Reihe 2.2. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt (2022a), GENESIS-Online: Schutzsuchende (12531-0001), <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online>
- Statistisches Bundesamt (2022b), Bevölkerung nach Migrationshintergrund und Geschlecht. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/liste-migrationshintergrund-geschlecht.html>.
- Statistisches Bundesamt (2022c), Ukraine: Gesellschaft. <https://www.destatis.de/DE/Im-Fokus/Ukraine/Gesellschaft/inhalt.html>
- SVR (2022), Integrationsklima 2022: Leicht verbessert mit einzelnen Eintrübungen, SVR-Integrationsbarometer, Berlin: Sachverständigenrat für Integration und Migration. https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2022/12/SVR_Integrationsbarometer_2022_Barrierefrei.pdf.
- Westle, B. (1998). Konsens und Konflikt als Elemente der pluralistischen Demokratie: zum Demokratieverständnis von West- und Ostdeutschen. *ZUMA Nachrichten*, 22(43), 116-133.
- Wetzels, P., Brettfeld, K., Farren, D., Richter, T. & Kleinschnittger, J. (2023). *Demokratie in Konfrontation mit Krieg, Klimawandel, Flucht und Inflation. Einstellungen zu Demokratie und die Verbreitung von Autokratieakzeptanz in Deutschland*. MOTRA-Spotlight 07/23. Wiesbaden: BKA.
- Wetzels, P. & Brettfeld, K. (2022). *Auswirkungen verschwörungstheoretisch konnotierter Formen der Delegitimation von Politik, Wissenschaft und Medien im Kontext der COVID-19 Pandemie auf demokratieablehnende Einstellungen sowie Intoleranz und Vorurteile*. MOTRA Forschungsbericht No. 3 aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg. <https://doi.org/10.25592/uhhfdm.10261>.
- Wetzels, P., Brettfeld, K., Endtricht, R., Farren, D. & Fischer, J.M.K. (2022a). *Verbreitung extremismusaffiner politischer Einstellungen sowie Konfrontationen mit Intoleranz und politischem Extremismus in Deutschland 2021*. MOTRA Forschungsbericht No. 4 aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg. <https://doi.org/10.25592/uhhfdm.10507>.
- Wetzels, P., Brettfeld, K., Endtricht, R., Fischer, J.M.K. & Farren, D. (2022b). Zur Verbreitung extremismusaffiner Einstellungen in Deutschland: Befunde der repräsentativen Befragung "Menschen in Deutschland 2021". In: Kemmesies et al. (Hrsg.), *MOTRA-Monitor 2021*, (S. 72-103). Wiesbaden: BKA. https://doi.org/10.53168/isbn.978-3-9818469-4-2_2022_MOTRA
- Wetzels, P., Richter, T., Farren, D. & Brettfeld, K. (2023a): Einstellungen zu den Protesten wegen Menschenrechtsverletzungen im Iran und deren Zusammenhänge mit Muslimfeindlichkeit in Deutschland. MOTRA-Spotlight 03/23. Hrsg. von: MOTRA-Verbund, Hamburg und Wiesbaden. <https://doi.org/10.57671/motra-2023003>
- Wetzels, P., Richter, T., Farren, D. & Brettfeld, K. (2023b): Einstellungen zu Waffenlieferungen an die Ukraine und die Verbreitung von Kriegsängsten in Deutschland. MOTRA-Spotlight 05/23. Hrsg. von: MOTRA-Verbund, Hamburg und Wiesbaden. <https://doi.org/10.57671/motra-2023005>
- ZDF (2023). *Kritik vom Wirtschaftsminister. Habeck: Letzte Generation schadet Klimaschutz*. 09.06.2023, online unter: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/habeck-letzte-generation-kritik-100.html#:~:text=Klimaschutzminister%20Habeck%20spricht%20auf%20dem,davor%2C%20alles%20dem%20Klimaschutz%20unterzuordnen.&text=Die%20Klebeaktionen%20der%20Gruppe%20%22Letzte,den%20Bem%C3%BChungen%20um%20den%20Klimaschutz>
- Zeit (2023). *Letzte Generation zeigt sich schockiert über Kritik von Olaf Scholz*. 23.05.2023, online unter: https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-05/letzte-generation-olaf-scholz-kritik?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F
- Zick, A., Berghan, W. & Mokros, N. (2019). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002-2018/19. In: A. Zick, B. Küpper & W. Berghan (Hrsg.), *Verlorene Mitte - Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland*, (S. 53- 116). Bonn: Dietz.



Menschen in Deutschland: International

Juli 2023

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

Vielen Dank für Ihre Bereitschaft, an der Studie „Menschen in Deutschland: International“ (MiDInt) teilzunehmen.

In Deutschland und der Welt finden gegenwärtig Ereignisse und Veränderungen statt, die viele Menschen in Deutschland bewegen und die sie zum Teil auch ganz persönlich betreffen.

Bei den folgenden Fragen geht es um Ihre persönlichen Ansichten zu aktuellen politischen Ereignissen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Deutschland und in anderen Ländern. Dabei gibt es keine richtigen oder falschen Antworten. Es geht immer nur um Ihre ganz persönliche Meinung, Ihre Einschätzungen und Wünsche.

Die Befragung erfolgt anonym. Wir versichern Ihnen, dass jede Information, die Sie uns mitteilen, streng vertraulich behandelt und nur im Rahmen unseres Forschungsvorhabens verwendet wird.

Die Beantwortung des Fragebogens wird etwa 15 Minuten Ihrer Zeit in Anspruch nehmen. Mit dem "Weiter" - Button kommen Sie zur nächsten Frage.

Wir möchten Sie bitten, die Fragen alleine zu beantworten.

Vielen Dank für Ihre Mühe!

Formularende

**Gegenwärtig gibt es viele gesellschaftliche Veränderungen und Herausforderungen.
Viele Menschen machen sich darüber Gedanken. Wie ist das bei Ihnen?**

1. Inwieweit sind Sie über folgende Herausforderungen und deren mögliche Auswirkungen besorgt?

	besorgt mich gar nicht	besorgt mich kaum	besorgt mich etwas	besorgt mich sehr
Die Folgen des Klimawandels für unseren Alltag.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Das Ausmaß des Zuzugs von Flüchtlingen in unser Land.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Dass es bei uns zu rechtsextremistischen Anschlägen kommen könnte	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Dass es in Deutschland zu einem Krieg kommen könnte.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Dass die Preise weiter steigen könnten.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Dass es bei uns zu islamistischen Anschlägen kommen könnte.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Dass die deutsche Wirtschaft schrumpfen könnte.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Dass das internationale Banken- und Finanzsystem zusammenbrechen könnte	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Dass es bei uns zu linksextremistischen Anschlägen kommen könnte	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

2. Wenn Sie nun an die möglichen Entwicklungen in den nächsten 6 Monaten denken: Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass bei Ihnen persönlich in den nächsten 6 Monaten folgende Dinge passieren?

<i>Dass ich ...</i>	sehr unwahrscheinlich	unwahrscheinlich	wahrscheinlich	sehr wahrscheinlich
... meine Miete nicht mehr bezahlen kann, halte ich für ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... Heizung und Strom nicht mehr bezahlen kann, halte ich für ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... mich beim Einkauf von Grundnahrungsmitteln einschränken muss, halte ich für ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... mich bei Ausgaben für meine Freizeit einschränken muss, halte ich für ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... mir einen Urlaub nicht leisten kann, halte ich für ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... meinen Arbeitsplatz verliere, halte ich für ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

3. Seit Beginn des Ukraine-Krieges wird in Politik und Medien diskutiert, welche Auswirkungen dieser Krieg auf das Leben der Menschen in Deutschland und anderen Teilen der Welt haben könnte. Bitte geben Sie an, wie sehr folgende Dinge Ihnen Sorgen bereiten.

	besorgt mich gar nicht	besorgt mich kaum	besorgt mich etwas	besorgt mich sehr
Dass Russland einen militärischen Angriff auf Deutschland starten könnte, ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Dass Russland Anschläge auf Einrichtungen in Deutschland durchführen könnte, ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Dass in Deutschland junge Erwachsene wieder zum Militärdienst verpflichtet werden könnten, ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Dass es in Europa zu einem Einsatz von Atomwaffen kommen könnte, ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Dass die Energieversorgung in Deutschland zusammenbrechen könnte, ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Dass Deutschland zu viel Geld für Waffen und Militär ausgibt, ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Dass so viele Flüchtlinge aus der Ukraine kommen, dass wir sie nicht mehr angemessen versorgen können.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

4. Aktuell wird darüber diskutiert, ob und wie umfangreich Deutschland die Ukraine in ihrem Kampf gegen Russland militärisch unterstützen sollte. Was ist Ihre Ansicht dazu? Wie sehr stimmen Sie folgenden Aussagen zu?

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
Deutschland sollte ...				
... gar keine militärische Ausrüstung an die Ukraine liefern.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... nur militärische Ausrüstung an die Ukraine liefern, die allein der Verteidigung dient.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... auch Streubomben an die Ukraine liefern.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... auch Kampfpanzer, die als Angriffswaffen genutzt werden können, an die Ukraine liefern	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... auch Kampfflugzeuge an die Ukraine liefern.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... auch Raketen mit großer Reichweite an die Ukraine liefern.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... auch U-Boote in die Ukraine liefern.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... Personal der Bundeswehr in die Ukraine schicken, um dort ukrainische Soldaten auszubilden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... die Ukraine durch die Entsendung von Bodentruppen der Bundeswehr unterstützen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

5. Gegenwärtig wird diskutiert, ob die Ukraine in die EU und in die NATO aufgenommen werden soll. Wie ist ihre Ansicht in dieser Frage?

Die Ukraine sollte ...	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
... gar nicht in die EU aufgenommen werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... nicht beschleunigt, sondern im üblichen Verfahren in die EU aufgenommen werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... so schnell wie möglich in einem verkürzten Verfahren in die EU aufgenommen werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
...gar nicht in die NATO aufgenommen werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
...so schnell wie möglich, noch vor Ende des Krieges, in die NATO aufgenommen werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... so schnell wie möglich, aber erst nach Ende des Krieges, in die NATO aufgenommen werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

6. Bitte geben Sie an, wie zufrieden sie mit der Demokratie sind, wie wir sie aktuell in Deutschland haben.

	sehr unzufrieden	eher unzufrieden	eher zufrieden	sehr zufrieden
Mit der Demokratie, wie wir sie derzeit in Deutschland haben bin ich...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

7. Menschen haben unterschiedliche Meinungen zu Demokratie. Wie ist das mit Ihnen? Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
Mit der Demokratie können wir die Probleme lösen, die wir in Deutschland haben.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Demokratie gehört eigentlich abgeschafft.	<input checked="" type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>
Die parlamentarische Demokratie ist noch immer die beste Staatsform.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Demokratie führt eher zu faulen Kompromissen als zu sachgerechten Entscheidungen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Demokratie, so wie wir sie heute in Deutschland haben, ist eine gute Sache.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ich mache mir Sorgen um die Zukunft unserer Demokratie.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

8. Bitte geben Sie nun an, wie viel Vertrauen Sie in die folgenden Einrichtungen in Deutschland haben.

→ Die 1 steht für „überhaupt kein Vertrauen“ und 6 bedeutet „volles Vertrauen“. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.

	überhaupt kein Vertrauen					volles Vertrauen
Wieviel Vertrauen haben Sie in ...	1	2	3	4	5	6
... die Gerichte	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... die Polizei	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... die politischen Parteien	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... die Regierung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... die Behörden	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... öffentlich-rechtliche Medien	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

9. Und wieviel Vertrauen haben Sie in die folgenden internationalen Organisationen?

→ Die 1 steht für „überhaupt kein Vertrauen“ und 6 bedeutet „volles Vertrauen“. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.

	überhaupt kein Vertrauen					volles Vertrauen
Wieviel Vertrauen haben Sie in ...	1	2	3	4	5	6
... den internationalen Strafgerichtshof in Den Haag	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... die Europäische Union	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... die NATO	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... die UNO	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

10. Für die Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen und Probleme sind unter anderem Entscheidungsträger aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik zuständig. Wie schätzen Sie deren Handeln im Allgemeinen ein? Geben Sie bitte an, wie sehr Sie den folgenden Aussagen zustimmen.

Die Entscheidungsträger in unserem Land ...	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
... sind an den Problemen der einfachen Leute nicht interessiert.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... sind unfähig, die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen zu bewältigen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... handeln oft gegen die Interessen der Bevölkerung.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... reden bloß und lösen die Probleme nicht.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... handeln oft, ohne sich vorher ausreichend informiert zu haben.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

11. Manche Menschen haben hier bei uns in Deutschland Situationen erlebt, in denen sie selbst oder Personen aus der Bevölkerungsgruppe, der sie angehören, schlecht behandelt oder benachteiligt wurden. Wie ist das bei Ihnen? In welchem Maß stimmen Sie den nachfolgenden Aussagen zu?

Hier bei uns werden Menschen wie ich ...	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
... für ihre Leistungen nicht gewürdigt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... daran gehindert, im Leben voranzukommen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... von anderen oft geringgeschätzt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... bei Sozialleistungen benachteiligt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... von Behörden respektlos behandelt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... von den Politikern nicht ernst genommen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... von der Polizei unfair behandelt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... von den Gerichten ungerecht beurteilt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... mit ihren Problemen von den Medien ignoriert.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Nun stellen wir Ihnen einige Fragen zu verschiedenen politischen Themen.

12. Welche Partei würden Sie am ehesten wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?

→ Bitte antworten Sie auch, wenn Sie nicht wahlberechtigt sind.
Bitte geben Sie nur eine Partei an!

CDU/CSU	1
SPD	2
Bündnis 90/Die Grünen	3
FDP	4
Die Linke	5
AfD	6
Eine andere Partei, nämlich: _____	7
Ich würde nicht wählen.	8

**13. Nun einige Fragen zu den Beziehungen zwischen Deutschland und anderen Ländern.
Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?**

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
Deutschland sollte die Einfuhr ausländischer Produkte beschränken, um seine eigene Wirtschaft zu schützen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Deutschland sollte seine eigenen Interessen verfolgen, auch wenn dies zu Konflikten mit anderen Ländern führt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Politik in Deutschland sollte sich mehr um die eigenen Bürger kümmern und weniger um andere Länder.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Bei staatlichen Aufträgen sollten bei uns deutsche Firmen bevorzugt werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Deutschland sollte sich nur international engagieren, wenn das vorteilhaft für uns ist.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Deutschland sollte seine eigene Politik machen, auch wenn andere Länder das anders sehen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Deutschland sollte aus der EU austreten, damit wir unsere eigenen Interessen besser verfolgen können.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Deutschland sollte seine jungen Menschen besser ausbilden, bevor ausländische Fachkräfte angeworben werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

14. Bitte geben Sie an, wie sehr Sie den folgenden Aussagen zur Politik in Deutschland zustimmen.

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
Im Interesse einer starken politischen Führung in Deutschland sollte der Bundestag aktuell weniger Einfluss haben.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
In diesen Zeiten ist es wichtig, dass es in Deutschland eine Vielfalt von politischen Parteien gibt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Im nationalen Interesse wäre in der aktuellen Lage eine Diktatur die bessere Staatsform.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
In der aktuellen Lage darf die Handlungsfähigkeit der Regierung nicht durch Gerichte eingeschränkt werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
In der aktuellen Lage brauchen wir Politiker an der Macht, die Entscheidungen auch gegen Mehrheitsbeschlüsse durchsetzen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Längere politische Debatten und Meinungsvielfalt können wir uns aktuell nicht leisten.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Aufgrund der aktuellen Lage sollte der Staat einen Führer haben, der das Land zum Wohle aller mit starker Hand regiert.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Aktuell sollten sich Journalisten mit Kritik an Politikern, die Probleme aktiv anpacken, zurückhalten.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Was Deutschland heute braucht, ist eine einzige starke Partei, die das Land regiert.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

15. Nun folgen einige Aussagen zur Rolle von Gewalt in einer demokratischen Gesellschaft. Manche Menschen stimmen den nachfolgenden Aussagen zu, manche Menschen lehnen diese Aussagen ab. Wie ist das bei Ihnen?

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
In jeder demokratischen Gesellschaft gibt es bestimmte Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die notwendigen Veränderungen in dieser Gesellschaft können nur durch eine gewaltsame Revolution herbeigeführt werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Manchmal muss man sich gegen die Vertreter des Systems mit Gewalt zur Wehr setzen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Auch in einer Demokratie ist es manchmal notwendig Gewalt anzuwenden, um seine politischen Ziele durchzusetzen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Sachbeschädigung ist bei der Durchsetzung von politischen Zielen gerechtfertigt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Gewalt gegen Personen ist bei der Durchsetzung von politischen Zielen gerechtfertigt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Wenn es darum geht die Erderwärmung aufzuhalten, ist die Ausübung von Gewalt berechtigt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

16. Jetzt geht es darum, wer bei uns in Deutschland politische Entscheidungen beeinflusst. Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
Es gibt geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Politiker und andere Führungspersonlichkeiten sind nur Marionetten der dahinterstehenden Mächte.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Studien, die einen Klimawandel belegen, sind meist gefälscht.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Medien und Politik stecken unter einer Decke.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Fast alle politischen Entscheidungen werden durch private Großunternehmen vorgegeben.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

17. Bei uns kommt es immer wieder vor, dass Menschen mit der Politik unzufrieden sind und protestieren. Bitte geben Sie an, wie Sie die folgenden Verhaltensweisen bewerten.

→ Die Antwortmöglichkeiten reichen von -3 (so etwas finde ich völlig falsch) bis zu +3 (so etwas finde ich völlig richtig). Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.

	finde ich völlig falsch						finde ich völlig richtig	
	-3	-2	-1	0	1	2	3	
An einer Demonstration teilnehmen, obwohl diese vom Gericht verboten wurde	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	
Aus politischen Gründen ein öffentliches Gebäude besetzen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	
Sich nachts vor dem Haus eines Politikers versammeln und diesen laut beschimpfen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	
Politiker anonym im Internet mit Gewalt bedrohen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	
An einer Demonstration gegen die Eröffnung einer Flüchtlingsunterkunft teilnehmen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	
Den Straßenverkehr zu blockieren, um Maßnahmen gegen den Klimawandel zu fordern.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	
Sich an einem Baum festketten, um ein Bauvorhaben zu verhindern	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	
Bei einer Demonstration Polizeibeamte mit Steinen bewerfen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	
Aus Protest öffentlich eine Staatsflagge verbrennen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	
Protestparolen mit Farbe auf Gebäude oder Fassaden sprühen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	
Aus Protest öffentlich den Koran verbrennen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	

Im Folgenden geht es um Ihre Meinung zum Zusammenleben von Menschen verschiedener Länder und Kulturen in Deutschland..

18. Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
Die Vermischung so vieler Menschen verschiedener Kulturen in Deutschland kann nicht gut gehen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Juden sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft und gehören zu Deutschland.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Es gibt zu viele Ausländer in Deutschland.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Juden kann man nicht trauen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ausländer bereichern Deutschland durch neue Ideen und Kulturen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ausländer haben in Deutschland zu viel Einfluss.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Juden sind durch ihr Verhalten selbst schuld daran, wenn man schlecht über sie denkt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ausländern kann man nicht trauen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Es gibt zu viele Juden in Deutschland.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

19. In Deutschland leben viele Menschen muslimischen Glaubens aus unterschiedlichen Ländern. Bitte geben Sie an, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen.

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
Wenn wir nicht aufpassen, wird Deutschland ein islamisches Land.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Muslime sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft und gehören zu Deutschland.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Es gibt zu viele Muslime in Deutschland.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Muslime haben in Deutschland zu viel Einfluss.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Muslime passen nicht so recht zu uns.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Muslimen kann man nicht trauen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Muslime sind anderen Menschen gegenüber unehrlich und hinterhältig.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

20. Bitte geben Sie an, in welchem Ausmaß Sie den folgenden Aussagen über die Zuwanderung von Flüchtlingen nach Deutschland zustimmen.

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
Wir sollten in Deutschland keine weiteren Flüchtlinge aufnehmen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Schul- und Berufsabschlüsse von Flüchtlingen sollten in Deutschland unbürokratischer anerkannt werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Flüchtlinge bedrohen unsere Lebensweise und unsere Werte in Deutschland.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Nach Deutschland geflüchtete Menschen sollten schneller bei uns eingebürgert werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Durch die Zuwanderung von Flüchtlingen kommen vor allem mehr Gewalttäter in unser Land.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ich fände es gut, wenn in meiner Nachbarschaft Wohnraum für geflüchtete Menschen zur Verfügung gestellt würde.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Flüchtlinge, die hier leben, schaden unserer Wirtschaft mehr, als dass sie nutzen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

(Einleitungssatz nur für Split 1 bis 3, randomisierte Zuordnung zu Splits)

Seit einiger Zeit kommt es immer wieder zu Protesten von Klimaktivisten. In der Tageszeitung einer Großstadt fand sich dazu folgende Meldung:

Split 1: Auf der Parkallee in Richtung Zentrum kam es gestern zu einer massiven Behinderung des Autoverkehrs. Klimaaktivisten hatten sich mit ihren Händen auf der Fahrbahn festgeklebt und forderten sofortige Maßnahmen zum Klimaschutz. Es bildete sich ein kilometerlanger Stau. Mehrere Autofahrer beschimpften die Aktivisten lautstark als "Klimakleber". Nach zwei Stunden wurde die Protestaktion von der Polizei aufgelöst, wenig später floss der Autoverkehr wieder normal.

Split 2: Auf der Parkallee in Richtung Zentrum kam es gestern zu einer massiven Behinderung des Autoverkehrs. Klimaaktivisten hatten sich mit ihren Händen auf der Fahrbahn festgeklebt und forderten sofortige Maßnahmen zum Klimaschutz. Es bildete sich ein kilometerlanger Stau. Mehrere Autofahrer beschimpften die Aktivisten lautstark als "Klimakleber". Ein Autofahrer stieg aus und schlug auf einen der Klimaaktivisten ein. Der Klimaaktivist, der sich nicht dagegen wehrte, wurde dadurch erheblich verletzt. Nach zwei Stunden wurde die Protestaktion von der Polizei aufgelöst, wenig später floss der Autoverkehr wieder normal.

Split 3: Auf der Parkallee in Richtung Zentrum kam es gestern zu einer massiven Behinderung des Autoverkehrs. Klimaaktivisten hatten sich mit ihren Händen auf der Fahrbahn festgeklebt und forderten sofortige Maßnahmen zum Klimaschutz. Es bildete sich ein kilometerlanger Stau. Mehrere Autofahrer beschimpften die Aktivisten lautstark als "Klimakleber". Ein Autofahrer stieg aus und schlug auf einen der Klimaaktivisten ein. Der Klimaaktivist wehrte sich dagegen mit Fußstritten. Der Autofahrer wurde dadurch erheblich verletzt. Nach zwei Stunden wurde die Protestaktion von der Polizei aufgelöst, wenig später floss der Autoverkehr wieder normal.

Split 4: (Kontrollgruppe, gar kein Text)

21. Im Folgenden finden Sie einige Aussagen zum Klimawandel und Klimaschutz. Bitte geben Sie an, wie sehr Sie diesen Aussagen zustimmen.

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
Wir müssen schnell etwas gegen den Klimawandel tun, weil es sonst bald endgültig zu spät ist.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Klimaschutzmaßnahmen sind in Wirklichkeit gar nicht so wichtig, wie viele behaupten.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Der Klimawandel muss aufgehalten werden, damit unsere Kinder und Enkel eine lebenswerte Zukunft haben.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Wir müssen hier und heute Maßnahmen gegen den Klimawandel treffen, um den Anstieg des Meeresspiegels aufzuhalten.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Wir alle sind verpflichtet uns einzuschränken, damit Klimaschutz erfolgreich sein kann.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Es ist nötig Klimaschutzmaßnahmen zu verstärken, damit es weniger Dürren oder Überschwemmungen auf der Welt gibt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Umsetzung wirksamer Maßnahmen zum Klimaschutz gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Menschheit.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Bevor wir Maßnahmen zum Klimaschutz umsetzen, sollten wichtigere Probleme gelöst werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

22. Vertreter der Bewegung „Letzte Generation“ haben eine Reihe von praktischen Maßnahmen vorgeschlagen, um den Klimawandel aufzuhalten. Bitte geben Sie an, wie sehr Sie die hier unten genannten Maßnahmen ablehnen oder befürworten?

	lehne ich völlig ab	lehne ich eher ab	befürworte ich eher	befürworte ich völlig
Ein vollständiger Verzicht auf Öl, Gas und Kohle zur Gewinnung von Strom und Heizwärme ab 2030.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ein vollständiges Verbot von benzin- und dieselbetriebenen PKW ab 2030.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Einführung eines Tempolimits von 100 km/h auf Autobahnen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ein Verbot von Inlandsflügen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Eine Zusatzsteuer auf Fleischprodukte zur Reduktion des Fleischkonsums.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ein vollständiges Verbot aller Plastikverpackungen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

23. (Filter: Nur Split 1 bis 3): Hier unten finden sie einige Aussagen zur Bewertung der Straßenblockade durch Klimaaktivisten in dem eben gezeigten Zeitungsartikel. Bitte geben sie an, wie sehr sie den folgenden Aussagen zustimmen.

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
Ich halte diese Proteste der „Klimakleber“ für berechtigt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ich finde solche Proteste der „Klimakleber“ gehen zu weit und sind nicht in Ordnung.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ich finde Straßenblockaden durch „Klimakleber“ in Ordnung, solange das ganze gewaltfrei abläuft.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ich finde die Klimaaktivisten sollten wegen solcher Proteste streng bestraft werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Zum Abschluss noch einige Fragen zu Ihrer Person

24. Welchen höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss haben Sie?

- Abitur oder Hochschulreife (z.B. Gymnasium, erweiterte Oberschule (EOS), Fachoberschule)
- Mittlere Reife (z.B. Realschule, Polytechnische Oberschule (POS))
- Haupt- oder Volksschule
- Keinen Abschluss

25. Welchen höchsten beruflichen Abschluss haben Sie?

- zur Zeit in beruflicher Ausbildung (Student/in, Lehre, AZUBI, BVJ, Praktikant/in)
- Lehre (beruflich/betriebliche Ausbildung)
- Fachschule (Meister-, Technikerschule, Berufs- oder Fachakademie)
- Fachhochschule, Ingenieurschule
- Universität oder Hochschule
- einen anderen beruflichen Abschluss, nämlich _____
- keinen beruflichen Abschluss

26. Sind Sie oder Ihre Eltern nach Deutschland zugewandert?

- Ja, ich selbst
- Ja, meine Eltern (beide Eltern oder ein Elternteil)
- Nein, weder meine Eltern noch ich selbst

27. Lebten Sie oder Ihre Eltern im Jahr 1989 auf dem Gebiet der ehemaligen DDR?

- Ja, ich selbst
- Ja, meine Eltern (beide Eltern oder ein Elternteil)
- Ja, sowohl meine Eltern (beide Eltern oder ein Elternteil) als auch ich selbst
- Nein, weder meine Eltern noch ich selbst

28. Welche Staatsangehörigkeit haben Sie? Bitte machen Sie hier nur eine Angabe.

- Ich habe nur die deutsche Staatsangehörigkeit
- Ich habe sowohl die deutsche als auch eine andere Staatsangehörigkeit
- Ich habe nur eine ausländische Staatsangehörigkeit.

29. Seit wie vielen Jahren leben Sie in Deutschland?

Seit meiner Geburt

Seit etwa ____ Jahren

30. Welches Geschlecht haben Sie?

- männlich
- weiblich
- divers

31. Bitte geben Sie Ihr Alter in Jahren an.

Ich bin ____ Jahre alt.

32. Bitte geben Sie an, welcher Religion Sie angehören oder sich am ehesten zugehörig fühlen.

- Einer christlichen Religion
(z.B. Protestanten, Katholiken, Orthodoxe, evangelisch-freikirchliche Christen)
- Einer islamischen Religion
(z.B. Sunniten, Schiiten, Aleviten, Ahmadi)
- Einer anderen Religion
(z.B. Juden, Buddhisten, Hinduisten)
- Keiner Religion

33. Wie gut kommen Sie mit dem Geld zurecht, das Ihnen im Monat zur Verfügung steht?
→ Bitte geben Sie die zutreffende Zahl an.

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
sehr schlecht	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	sehr gut

34. Erhalten Sie staatliche Unterstützung oder Arbeitslosengeld (z.B. ALG I, ALG II, Hartz IV oder Sozialhilfe)?

- Nein
- Ja

35. In welchem Bundesland leben Sie zur Zeit?

- Baden-Württemberg
- Bayern
- Berlin
- Brandenburg
- Bremen
- Hamburg
- Hessen
- Mecklenburg-Vorpommern
- Niedersachsen
- Nordrhein-Westfalen
- Rheinland-Pfalz
- Saarland
- Sachsen
- Sachsen-Anhalt
- Schleswig-Holstein
- Thüringen

36. Wie viele Einwohner hat der Ort, in dem Sie zur Zeit leben ungefähr?

- weniger als 50.000 Einwohner
- mindestens 50.000 aber weniger als 100.000 Einwohner
- mindestens 100.000 aber weniger als 500.000 Einwohner
- mindestens 500.000 Einwohner

Haben Sie vielen Dank für die Teilnahme an unserer Untersuchung.

Hinweis:

Wir haben Ihnen im Rahmen dieser Umfrage eine Nachricht zu Vorfällen mit Klimaaktivisten präsentiert. Die in dieser Befragung präsentierte Nachricht ist so in dieser Form nicht wirklich in der Presse veröffentlicht worden. Diese Nachricht wurde von uns verwendet, um etwas über Ihre Meinung zu Geschehnissen dieser Art zu erfahren.

Wenn Sie noch etwas zu der Studie oder dem Fragebogen anmerken möchten, können Sie das hier tun.

Anhang: Codebuch

Besorgnisse wegen aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen und Krisen	XX
Antizipierte persönliche wirtschaftliche Einschränkungen	XX
Besorgnisse im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg	XXI
Meinungen zur militärischen Unterstützung der Ukraine durch Deutschland	XXI
Einstellungen zur Aufnahme der Ukraine in die EU und in die NATO	XXII
Ausmaß der Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland	XXII
Bewertungen der Demokratie	XXII
Systemvertrauen	XXIII
Vertrauen in internationale Institutionen	XXIII
Wahrnehmung der (In)Kompetenz gesellschaftlicher Entscheidungsträger	XXIII
Kollektive Marginalisierung	XXIV
Parteipräferenzen (Sonntagsfrage)	XXIV
Unilateralismus/Nationalismus	XXV
Autokratieakzeptanz	XXV
Verschwörungsmentalität	XXVI
Akzeptanz verschiedener Formen des zivilen Ungehorsams bei Protesten	XXVII
Intoleranz: Ablehnung und Vorurteile gegenüber von Fremdgruppen und Minderheiten.....	XXVII
Muslimfeindlichkeit/Islamophobie	XXVIII
Experiment: Auswirkungen von Blockadeaktionen von Klimaaktivisten auf die Bewertung des Klimawandels und Einstellungen zu Klimaschutzbemühungen sowie die Akzeptanz von politischen Forderungen nach Klimaschutz	XXIX
Soziodemografie.....	XXX

Dieses Codebuch beschreibt die Daten der vierten Welle der Befragungsstudie „*Menschen in Deutschland: International*“ (MiDIInt), durchgeführt im Juli und August 2023. Die erste Spalte gibt den Standort der Variablen im Fragebogen an (bspw. F1_1 = Frage 1_Item 1). In der zweiten Spalte wird der entsprechende Variablenname angegeben. Die dritte Spalte enthält die Formulierungen der Fragen/Items sowie der Antwortkategorien.

Besorgnisse wegen aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen und Krisen

Inwieweit sind Sie über die folgenden Herausforderungen und deren mögliche Auswirkungen besorgt?

F1_1	sorge7	Die Folgen des Klimawandels für unseren Alltag.
F1_2	sorge10	Das Ausmaß des Zuzugs von Flüchtlingen in unser Land.
F1_3	sorge21	Dass es bei uns zu rechtsextremistischen Anschlägen kommen könnte.
F1_4	sorge18	Dass es in Deutschland zu einem Krieg kommen könnte.
F1_5	sorge14	Dass die Preise weiter steigen könnten.
F1_6	sorge19	Dass es bei uns zu islamistischen Anschlägen kommen könnte.
F1_7	sorge15	Dass die deutsche Wirtschaft schrumpfen könnte.
F1_8	sorge20	Dass das internationale Banken- und Finanzsystem zusammenbrechen könnte.
F1_9	sorge22	Dass es bei uns zu linksextremistischen Anschlägen kommen könnte.

(1) besorgt mich gar nicht

(2) besorgt mich kaum

(3) besorgt mich etwas

(4) besorgt mich sehr

Antizipierte persönliche wirtschaftliche Einschränkungen

Wenn Sie nun an die möglichen Entwicklungen in den nächsten 6 Monaten denken: Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass bei Ihnen persönlich in den nächsten 6 Monaten folgende Dinge passieren?

Dass ich ...

F2_1	infla1	... meine Miete nicht mehr bezahlen kann, halte ich für ...
F2_2	infla2	... Heizung und Strom nicht mehr bezahlen kann, halte ich für ...
F2_3	infla3	... mich beim Einkauf von Grundnahrungsmitteln einschränken muss, halte ich für ...
F2_4	infla4	... mich bei Ausgaben für meine Freizeit einschränken muss, halte ich für ...
F2_5	infla5	... mir einen Urlaub nicht leisten kann, halte ich für ...
F2_6	infla6	... meinen Arbeitsplatz verliere, halte ich für ...

(1) sehr unwahrscheinlich

(2) unwahrscheinlich

(3) wahrscheinlich

(4) sehr wahrscheinlich

Besorgnisse im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg

Seit Beginn des Ukraine-Krieges wird in Politik und Medien diskutiert, welche Auswirkungen dieser Krieg auf das Leben der Menschen in Deutschland und anderen Teilen der Welt haben könnte.

Bitte geben Sie an, wie sehr folgende Dinge Ihnen Sorgen bereiten.

F3_1	ukraine5	Dass Russland einen militärischen Angriff auf Deutschland starten könnte, ...
F3_2	ukraine6	Dass Russland Anschläge auf Einrichtungen in Deutschland durchführen könnte, ...
F3_3	ukraine7	Dass in Deutschland junge Erwachsene wieder zum Militärdienst verpflichtet werden könnten, ...
F3_4	ukraine9	Dass es in Europa zu einem Einsatz von Atomwaffen kommen könnte, ...
F3_5	ukraine10	Dass die Energieversorgung in Deutschland zusammenbrechen könnte, ...
F3_6	ukraine12	Dass Deutschland zu viel Geld für Waffen und Militär ausgibt, ...
F3_7	ukraine13	Dass so viele Flüchtlinge aus der Ukraine kommen, dass wir sie nicht mehr angemessen versorgen können.

(1) besorgt mich gar nicht
(2) besorgt mich kaum
(3) besorgt mich etwas
(4) besorgt mich sehr

Meinungen zur militärischen Unterstützung der Ukraine durch Deutschland

Aktuell wird darüber diskutiert, ob und wie umfangreich Deutschland die Ukraine in ihrem Kampf gegen Russland militärisch unterstützen sollte. Wie ist Ihre Ansicht dazu? Wie sehr stimmen Sie folgenden Aussagen zu?

Deutschland sollte...

F4_1	waffen1	... gar keine militärische Ausrüstung an die Ukraine liefern.
F4_2	waffen2	... nur militärische Ausrüstung an die Ukraine liefern, die allein der Verteidigung dient.
F4_3	waffen10	... auch Streubomben an die Ukraine liefern.
F4_4	waffen3	... auch Kampfpanzer, die als Angriffswaffen genutzt werden können, an die Ukraine liefern.
F4_5	waffen4	... auch Kampfflugzeuge an die Ukraine liefern.
F4_6	waffen5	... auch Raketen mit großer Reichweite an die Ukraine liefern.
F4_7	waffen9	... auch U-Boote in die Ukraine liefern.
F4_8	waffen6	... Personal der Bundeswehr in die Ukraine schicken, um dort ukrainische Soldaten auszubilden.
F4_9	waffen7	... die Ukraine durch die Entsendung von Bodentruppen der Bundeswehr unterstützen.

(1) stimme gar nicht zu
(2) stimme eher nicht zu
(3) stimme eher zu
(4) stimme völlig zu

Einstellungen zur Aufnahme der Ukraine in die EU und in die NATO

Gegenwärtig wird diskutiert, ob die Ukraine in die EU und in die NATO aufgenommen werden soll. Wie ist Ihre Ansicht in dieser Frage?

Die Ukraine sollte...

- | | | |
|------|-----------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| F5_1 | ukreu1 | ... gar nicht in die EU aufgenommen werden. |
| F5_2 | ukreu2 | ... nicht beschleunigt, sondern im üblichen Verfahren in die EU aufgenommen werden. |
| F5_3 | ukreu3 | ... so schnell wie möglich in einem verkürzten Verfahren in die EU aufgenommen werden. |
| F5_4 | urk nato1 | ... gar nicht in die NATO aufgenommen werden. |
| F5_5 | ukr nato2 | ... so schnell wie möglich, noch vor Ende des Krieges, in die NATO aufgenommen werden. |
| F5_6 | ukr nato3 | ... so schnell wie möglich, aber erst nach Ende des Krieges, in die NATO aufgenommen werden.
(1) stimme gar nicht zu
(2) stimme eher nicht zu
(3) stimme eher zu
(4) stimme völlig zu |

Ausmaß der Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland

Bitte geben Sie an, wie zufrieden Sie mit der Demokratie sind, wie wir sie aktuell in Deutschland haben.

- | | | |
|------|-------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| F6_1 | demo1 | Mit der Demokratie, wie wir sie derzeit in Deutschland haben, bin ich ...
(1) sehr unzufrieden
(2) eher unzufrieden
(3) eher zufrieden
(4) sehr zufrieden |
|------|-------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

Bewertungen der Demokratie

Menschen haben unterschiedliche Meinungen zu Demokratie. Wie ist das mit Ihnen? Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?

- | | | |
|------|--------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| F7_1 | polo1 | Mit der Demokratie können wir die Probleme lösen, die wir in Deutschland haben. |
| F7_2 | polo12 | Die Demokratie gehört eigentlich abgeschafft. |
| F7_3 | polo8 | Die parlamentarische Demokratie ist noch immer die beste Staatsform. |
| F7_4 | polo11 | Demokratie führt eher zu faulen Kompromissen als zu sachgerechten Entscheidungen. |
| F7_5 | polo13 | Die Demokratie, so wie wir sie heute in Deutschland haben, ist eine gute Sache. |
| F7_6 | polo14 | Ich mache mir Sorgen um die Zukunft unserer Demokratie.
(1) stimme gar nicht zu
(2) stimme eher nicht zu
(3) stimme eher zu
(4) stimme völlig zu |

Systemvertrauen

Bitte geben Sie nun an, wie viel Vertrauen Sie in die folgenden Einrichtungen in Deutschland haben.

Die 1 steht dabei für „überhaupt kein Vertrauen“ und 6 bedeutet „volles Vertrauen“.
Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

Wieviel Vertrauen haben Sie in ...

- | | | |
|------|--------|-----------------------------------|
| F8_1 | systv1 | ... die Gerichte? |
| F8_2 | systv2 | ... die Polizei? |
| F8_3 | systv3 | ... die politischen Parteien? |
| F8_4 | systv4 | ... die Regierung? |
| F8_5 | systv5 | ... die Behörden? |
| F8_6 | systv6 | ... öffentlich-rechtliche Medien? |
- (1) 1 überhaupt kein Vertrauen
(2) 2
(3) 3
(4) 4
(5) 5
(6) 6 volles Vertrauen

Vertrauen in internationale Institutionen

Und wieviel Vertrauen haben Sie in die folgenden internationalen Organisationen?

Die 1 steht dabei für „überhaupt kein Vertrauen“ und 6 bedeutet „volles Vertrauen“.
Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

Wieviel Vertrauen haben Sie in ...

- | | | |
|------|------|------------------------------------------------------------------|
| F9_1 | int1 | ... den internationalen Strafgerichtshof in Den Haag |
| F9_2 | int2 | ... den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg |
| F9_3 | int3 | ... die Europäische Union |
| F9_4 | int4 | ... die NATO |
| F9_5 | int5 | ... die UNO |
- (1) 1 überhaupt kein Vertrauen
(2) 2
(3) 3
(4) 4
(5) 5
(6) 6 volles Vertrauen

Wahrnehmung der (In)Kompetenz gesellschaftlicher Entscheidungsträger

Für die Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen und Probleme sind unter anderem Entscheidungsträger aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik zuständig. Wie schätzen Sie deren Handeln im Allgemeinen ein? Geben Sie bitte an, wie sehr Sie den folgenden Aussagen zustimmen.

Die Entscheidungsträger in unserem Land ...

- | | | |
|-------|---------|-------------------------------------------------------------------------------------|
| F10_1 | inkomp1 | ... sind an den Problemen der einfachen Leute nicht interessiert. |
| F10_2 | inkomp2 | ... sind unfähig, die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen zu bewältigen. |
| F10_3 | inkomp3 | ... handeln oft gegen die Interessen der Bevölkerung. |
| F10_4 | inkomp4 | ... reden bloß und lösen die Probleme nicht. |
| F10_5 | inkomp8 | ... handeln oft, ohne sich vorher ausreichend informiert zu haben |
- (1) stimme gar nicht zu
(2) stimme eher nicht zu
(3) stimme eher zu
(4) stimme völlig zu

Kollektive Marginalisierung

Manche Menschen haben hier bei uns in Deutschland Situationen erlebt, in denen sie selbst oder Menschen aus der Bevölkerungsgruppe, der sie angehören, schlecht behandelt oder benachteiligt wurden. Wie ist das bei Ihnen? In welchem Maß stimmen Sie den nachfolgenden Aussagen zu?

Hier bei uns werden Menschen wie ich ...

F11_1	marg1	... für ihre Leistungen nicht gewürdigt.
F11_2	marg2	... daran gehindert, im Leben voranzukommen.
F11_3	marg3	... von anderen oft geringgeschätzt.
F11_4	marg5	... bei Sozialleistungen benachteiligt.
F11_5	marg6	... von Behörden respektlos behandelt.
F11_6	marg7	... von den Politikern nicht ernst genommen.
F11_7	marg8	... von der Polizei unfair behandelt.
F11_8	marg9	... von den Gerichten ungerecht beurteilt.
F11_9	marg10	... mit ihren Problemen von den Medien ignoriert.

(1) stimme gar nicht zu
(2) stimme eher nicht zu
(3) stimme eher zu
(4) stimme völlig zu

Parteipräferenzen (Sonntagsfrage)

F12	partei	Welche Partei würden Sie am ehesten wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre? <i>Bitte antworten Sie auch, wenn Sie nicht wahlberechtigt sind. Bitte geben Sie nur eine Partei an!</i> (1) CDU/CSU (2) SPD (3) Bündnis 90/Die Grünen (4) FDP (5) Die Linke (6) AfD
F12_txt	partei_s	(7) Eine andere Partei, nämlich: (enthält Mehrfachnennungen) (8) Ich würde nicht wählen.

Unilateralismus/Nationalismus

**Nun einige Fragen zu den Beziehungen zwischen Deutschland und anderen Ländern.
Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?**

F13_1	natio1	Deutschland sollte die Einfuhr ausländischer Produkte beschränken, um seine eigene Wirtschaft zu schützen.
F13_2	natio3	Deutschland sollte seine eigenen Interessen verfolgen, selbst wenn dies zu Konflikten mit anderen Ländern führt.
F13_3	natio10	Die Politik in Deutschland sollte sich mehr um die eigenen Bürger kümmern und weniger um andere Länder.
F13_4	natio11	Bei staatlichen Aufträgen sollten bei uns deutsche Firmen bevorzugt werden.
F13_5	natio12	Deutschland sollte sich nur international engagieren, wenn das vorteilhaft für uns ist.
F13_6	natio13	Deutschland sollte seine eigene Politik machen, auch wenn andere Länder das anders sehen.
F13_7	natio14	Deutschland sollte aus der EU austreten, damit wir unsere eigenen Interessen besser verfolgen können.
F13_8	natio15	Deutschland sollte seine jungen Menschen besser ausbilden, bevor ausländische Fachkräfte angeworben werden.
		(1) stimme gar nicht zu
		(2) stimme eher nicht zu
		(3) stimme eher zu
		(4) stimme völlig zu

Autokratieakzeptanz

Bitte geben Sie an, wie sehr Sie den folgenden Aussagen zustimmen.

F14_1	prodik1	Im Interesse einer starken politischen Führung in Deutschland sollte der Bundestag aktuell weniger Einfluss haben.
F14_2	prodik11	In diesen Zeiten ist es wichtig, dass es in Deutschland eine Vielfalt von politischen Parteien gibt.
F14_3	prodik2	Im nationalen Interesse wäre in der aktuellen Lage eine Diktatur die bessere Staatsform.
F14_4	prodik7	In der aktuellen Lage darf die Handlungsfähigkeit der Regierung nicht durch Gerichte eingeschränkt werden.
F14_5	prodik8	In der aktuellen Lage brauchen wir Politiker an der Macht, die Entscheidungen auch gegen Mehrheitsbeschlüsse durchsetzen.
F14_6	prodik5	Längere politische Debatten und Meinungsvielfalt können wir uns aktuell nicht leisten.
F14_7	prodik6	Aufgrund der aktuellen Lage sollte der Staat einen Führer haben, der das Land zum Wohle aller mit starker Hand regiert.
F14_8	prodik9	Aktuell sollten sich Journalisten mit Kritik an Politikern, die Probleme aktiv anpacken, zurückhalten.
F14_9	prodik10	Was Deutschland heute braucht, ist eine einzige starke Partei, die das Land regiert.
		(1) stimme gar nicht zu
		(2) stimme eher nicht zu
		(3) stimme eher zu
		(4) stimme völlig zu

Einstellungen zu politisch motivierter Gewalt

Nun folgen einige Aussagen zur Rolle von Gewalt in einer demokratischen Gesellschaft. Manche Menschen stimmen den nachfolgenden Aussagen zu, manche Menschen lehnen diese Aussagen ab. Wie ist das bei Ihnen?

F15_1	polgew1	In jeder demokratischen Gesellschaft gibt es bestimmte Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen.
F15_2	polgew3	Die notwendigen Veränderungen in dieser Gesellschaft können nur durch eine gewaltsame Revolution herbeigeführt werden.
F15_3	polgew4	Manchmal muss man sich gegen die Vertreter des Systems mit Gewalt zur Wehr setzen.
F15_4	polgew5	Auch in einer Demokratie ist es manchmal notwendig Gewalt anzuwenden, um seine politischen Ziele durchzusetzen.
F15_5	polgew7	Sachbeschädigung ist bei der Durchsetzung von politischen Zielen gerechtfertigt.
F15_6	polgew8	Gewalt gegen Personen ist bei der Durchsetzung von politischen Zielen gerechtfertigt.
F15_7	polgew9	Wenn es darum geht die Erderwärmung aufzuhalten, ist die Ausübung von Gewalt berechtigt. (1) stimme gar nicht zu (2) stimme eher nicht zu (3) stimme eher zu (4) stimme völlig zu

Verschwörungsmentalität

Jetzt geht es darum, wie bei uns in Deutschland politische Entscheidungen beeinflusst. Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?

F16_1	conspi2	Es gibt geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben.
F16_2	conspi4	Politiker und andere Führungspersonlichkeiten sind nur Marionetten der dahinterstehenden Mächte.
F16_3	conspi5	Studien, die einen Klimawandel belegen, sind meist gefälscht.
F16_4	conspi6	Medien und Politik stecken unter einer Decke.
F16_5	conspi7	Fast alle politischen Entscheidungen werden durch private Großunternehmen vorherbestimmt. (1) stimme gar nicht zu (2) stimme eher nicht zu (3) stimme eher zu (4) stimme völlig zu

Akzeptanz verschiedener Formen des zivilen Ungehorsams bei Protesten

Bei uns kommt es immer wieder vor, dass Menschen mit der Politik unzufrieden sind und protestieren. Bitte geben Sie an, wie Sie die folgenden Verhaltensweisen bewerten.

Die Antwortmöglichkeiten reichen von -3 (so etwas finde ich völlig falsch) bis zu +3 (so etwas finde ich völlig richtig). Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.

F17_1	protest1	An einer Demonstration teilnehmen, obwohl diese vom Gericht verboten wurde.
F17_2	protest2	Aus politischen Gründen ein öffentliches Gebäude besetzen.
F17_3	protest3	Sich nachts vor dem Haus eines Politikers versammeln und diesen laut beschimpfen.
F17_4	protest4	Politiker anonym im Internet mit Gewalt bedrohen.
F17_5	protest5	An einer Demonstration gegen die Eröffnung einer Flüchtlingsunterkunft teilnehmen.
F17_6	protest6	Den Straßenverkehr zu blockieren, um Maßnahmen gegen den Klimawandel zu fordern.
F17_7	protest7	Sich an einem Baum festketten, um ein Bauvorhaben zu verhindern.
F17_8	protest8	Bei einer Demonstration Polizeibeamte mit Steinen bewerfen.
F17_9	protest9	Aus Protest öffentlich eine Staatsflagge verbrennen.
F17_10	protest10	Protestparolen mit Farbe auf Gebäude oder Fassaden sprühen.
F17_11	protest11	Aus Protest öffentlich den Koran verbrennen.

(1) -3 finde ich völlig falsch

(2) -2

(3) -1

(4) 0

(5) 1

(6) 2

(7) 3 finde ich völlig richtig

Intoleranz: Ablehnung und Vorurteile gegenüber von Fremdgruppen und Minderheiten

Im Folgenden geht es um Ihre Meinung zum Zusammenleben von Menschen verschiedener Länder und Kulturen in Deutschland. Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?

F18_1	auslf3	Die Vermischung so vieler Menschen verschiedener Kulturen in Deutschland kann nicht gut gehen.
F18_2	antisem5	Juden sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft und gehören zu Deutschland.
F18_3	auslf2	Es gibt zu viele Ausländer in Deutschland.
F18_4	antisem2	Juden kann man nicht trauen.
F18_5	auslf5	Ausländer bereichern Deutschland durch neue Ideen und Kulturen.
F18_6	antisem1	Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss.
F18_7	auslf1	Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.
F18_8	auslf6	Ausländer haben in Deutschland zu viel Einfluss.
F18_9	antisem6	Die Juden sind durch ihr Verhalten selbst schuld daran, wenn man schlecht über sie denkt.
F18_10	auslf7	Ausländern kann man nicht trauen.
F18_11	antisem8	Es gibt zu viele Juden in Deutschland.

(1) stimme gar nicht zu

(2) stimme eher nicht zu

(3) stimme eher zu

(4) stimme völlig zu

Muslimfeindlichkeit/Islamophobie

In Deutschland leben inzwischen viele Menschen muslimischen Glaubens aus unterschiedlichen Ländern und Kulturen. Bitte geben Sie an, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen.

F19_1	islamf1	Wenn wir nicht aufpassen, wird Deutschland ein islamisches Land.
F19_2	islamf2	Muslime sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft und gehören zu Deutschland.
F19_3	islamf3	Es gibt zu viele Muslime in Deutschland.
F19_4	islamf4	Muslime haben in Deutschland zu viel Einfluss.
F19_5	islamf5	Muslime passen nicht so recht zu uns.
F19_6	islamf6	Muslimen kann man nicht trauen.
F19_7	islamf7	Muslime sind anderen Menschen gegenüber unehrlich und hinterhältig.

(1) stimme gar nicht zu
(2) stimme eher nicht zu
(3) stimme eher zu
(4) stimme völlig zu

Einstellungen zu Flüchtlingen und integrationsunterstützenden Maßnahmen

Bitte geben Sie an, in welchem Ausmaß Sie den folgenden Aussagen über die Zuwanderung von Flüchtlingen nach Deutschland zustimmen.

F20_1	flucht1	Wir sollten in Deutschland keine weiteren Flüchtlinge aufnehmen.
F20_2	flucht2	Schul- und Berufsabschlüsse von Flüchtlingen sollten in Deutschland unbürokratischer anerkannt werden.
F20_3	flucht3	Flüchtlinge bedrohen unsere Lebensweise und unsere Werte in Deutschland.
F20_4	flucht4	Nach Deutschland geflüchtete Menschen sollten schneller bei uns eingebürgert werden.
F20_5	flucht5	Durch die Zuwanderung von Flüchtlingen kommen vor allem mehr Gewalttäter in unser Land.
F20_6	flucht6	Ich fände es gut, wenn in meiner Nachbarschaft Wohnraum für geflüchtete Menschen zur Verfügung gestellt würde.
F20_7	flucht7	Flüchtlinge, die hier leben, schaden unserer Wirtschaft mehr, als dass sie nutzen.

(1) stimme gar nicht zu
(2) stimme eher nicht zu
(3) stimme eher zu
(4) stimme völlig zu

Experiment: Auswirkungen von Blockadeaktionen von Klimaaktivisten auf die Bewertung des Klimawandels und Einstellungen zu Klimaschutzbemühungen sowie die Akzeptanz von politischen Forderungen nach Klimaschutz

Vor 21	exgruppe8 (UV)	(1) Split 1 (Gruppe 1) (2) Split 2 (Gruppe 2) (3) Split 3 (Gruppe 3) (4) Split 4 (Gruppe 4)
	Split 1	Nachricht: Auf der Parkallee in Richtung Zentrum kam es gestern zu einer massiven Behinderung des Autoverkehrs. Klimaaktivisten hatten sich mit ihren Händen auf der Fahrbahn festgeklebt und forderten sofortige Maßnahmen zum Klimaschutz. Es bildete sich ein kilometerlanger Stau. Mehrere Autofahrer beschimpften die Aktivisten lautstark als "Klimakleber". Nach zwei Stunden wurde die Protestaktion von der Polizei aufgelöst, wenig später floss der Autoverkehr wieder normal.
	Split 2	Nachricht: Auf der Parkallee in Richtung Zentrum kam es gestern zu einer massiven Behinderung des Autoverkehrs. Klimaaktivisten hatten sich mit ihren Händen auf der Fahrbahn festgeklebt und forderten sofortige Maßnahmen zum Klimaschutz. Es bildete sich ein kilometerlanger Stau. Mehrere Autofahrer beschimpften die Aktivisten lautstark als "Klimakleber". Ein Autofahrer stieg aus und schlug auf einen der Klimaaktivisten ein. Der Klimaaktivist, der sich nicht dagegen wehrte, wurde dadurch erheblich verletzt. Nach zwei Stunden wurde die Protestaktion von der Polizei aufgelöst, wenig später floss der Autoverkehr wieder normal.
	Split 3	Nachricht Auf der Parkallee in Richtung Zentrum kam es gestern zu einer massiven Behinderung des Autoverkehrs. Klimaaktivisten hatten sich mit ihren Händen auf der Fahrbahn festgeklebt und forderten sofortige Maßnahmen zum Klimaschutz. Es bildete sich ein kilometerlanger Stau. Mehrere Autofahrer beschimpften die Aktivisten lautstark als "Klimakleber". Ein Autofahrer stieg aus und schlug auf einen der Klimaaktivisten ein. Der Klimaaktivist wehrte sich dagegen mit Fußtritten. Der Autofahrer wurde dadurch erheblich verletzt. Nach zwei Stunden wurde die Protestaktion von der Polizei aufgelöst, wenig später floss der Autoverkehr wieder normal.
	Split 4	ohne Nachricht und ohne Frage 23

Im Folgenden finden Sie einige Aussagen zum Klimawandel und Klimaschutz. Bitte geben Sie an, wie sehr Sie diesen Aussagen zustimmen. (Split 1-4)

F21_1	kliexw1	Wie müssen schnell etwas gegen den Klimawandel tun, weil es sonst bald endgültig zu spät ist.
F21_2	kliexw2	Klimaschutzmaßnahmen sind in Wirklichkeit gar nicht so wichtig, wie viele behaupten.
F21_3	kliexw3	Der Klimawandel muss aufgehalten werden, damit unsere Kinder und Enkel eine lebenswerte Zukunft haben.
F21_4	kliexw4	Wir müssen hier und heute Maßnahmen gegen den Klimawandel treffen, um den Anstieg des Meeresspiegels aufzuhalten.
F21_5	kliexw5	Wir alle sind verpflichtet uns einzuschränken, damit Klimaschutz erfolgreich sein kann.
F21_6	kliexw6	Es ist nötig Klimaschutzmaßnahmen zu verstärken, damit es weniger Dürren oder Überschwemmungen auf der Welt gibt.
F21_7	kliexw7	Die Umsetzung wirksamer Maßnahmen zum Klimaschutz gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Menschheit.
F21_8	kliexw8	Bevor wir Maßnahmen zum Klimaschutz umsetzen, sollten wichtigere Probleme gelöst werden. (1) stimme gar nicht zu (2) stimme eher nicht zu (3) stimme eher zu (4) stimme völlig zu

Vertreter der Bewegung „Letzte Generation“ haben eine Reihe von praktischen Maßnahmen vorgeschlagen, um den Klimawandel aufzuhalten. Bitte geben Sie an, wie sehr Sie die hier unten genannten Maßnahmen ablehnen oder befürworten? (Split 1-4)

F22_1	kliexm1	Ein vollständiger Verzicht auf Öl, Gas und Kohle zur Gewinnung von Strom und Heizwärme ab 2030.
F22_2	kliexm2	Ein vollständiges Verbot von benzin- und dieselbetriebenen PKW ab 2030.
F22_3	kliexm3	Die Einführung eines Tempolimits von 100 km/h auf Autobahnen.
F22_4	kliexm4	Ein Verbot von Inlandsflügen.
F22_5	kliexm5	Eine Zusatzsteuer auf Fleischprodukte zur Reduktion des Fleischkonsums.
F22_6	kliexm6	Ein vollständiges Verbot aller Plastikverpackungen.

- (1) lehne ich völlig ab
- (2) lehne ich eher ab
- (3) befürworte ich eher
- (4) befürworte ich völlig

Hier unten finden sie einige Aussagen zur Bewertung der Straßenblockade durch Klimaaktivisten in dem eben gezeigten Zeitungsartikel. Bitte geben sie an, wie sehr sie den folgenden Aussagen zustimmen. (nur Split 1-3)

F23_1	kliex1	Ich halte diese Proteste der „Klimakleber“ für berechtigt.
F23_2	kliex2	Ich finde solche Proteste der „Klimakleber“ gehen zu weit und sind nicht in Ordnung.
F23_3	kliex3	Ich finde Straßenblockaden durch „Klimakleber“ in Ordnung, solange das ganze gewaltfrei abläuft.
F23_4	kliex4	Ich finde die Klimaaktivisten sollten wegen solcher Proteste streng bestraft werden.

- (1) stimme gar nicht zu
- (2) stimme eher nicht zu
- (3) stimme eher zu
- (4) stimme völlig zu

Soziodemografie

F24	schab4	Welchen höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss haben Sie?
		(1) Abitur oder Hochschulreife (z.B. erweiterte Oberschule (EOS), Fachoberschule)
		(2) Mittlere Reife (z.B. Realschule, Polytechnische Oberschule (POS))
		(3) Haupt- oder Volksschule
		(5) Keinen Abschluss
F25	berab3	Welchen höchsten beruflichen Abschluss haben Sie?
		(1) zur Zeit in beruflicher Ausbildung (Student/in, Lehre, AZUBI, BVJ, Praktikant/in)
		(2) Lehre (beruflich/betriebliche Ausbildung)
		(3) Fachschule (Meister-, Technikerschule, Berufs- oder Fachakademie)
		(4) Fachhochschule, Ingenieurschule
		(5) Universität oder Hochschule
F25_txt	berab_s	(6) Einen anderen Ausbildungsabschluss, nämlich:
		(7) keinen beruflichen Abschluss
F26	zugew	Sind Sie oder Ihre Eltern nach Deutschland zugewandert?
		(1) Ja, ich selbst
		(2) Ja, meine Eltern (beide Eltern oder ein Elternteil)
		(3) Nein, weder meine Eltern noch ich selbst

F27	ddr	<p>Lebten Sie oder Ihre Eltern im Jahr 1989 auf dem Gebiet der ehemaligen DDR?</p> <p>(1) Ja, ich selbst</p> <p>(2) Ja, meine Eltern (beide Eltern oder ein Elternteil)</p> <p>(3) Ja, sowohl meine Eltern (beider Eltern oder ein Elternteil) als auch ich selbst</p> <p>(4) Nein, weder meine Eltern noch ich selbst</p>
F27	nation	<p>Welche Staatsangehörigkeit haben Sie? Bitte machen Sie hier nur eine Angabe.</p> <p>(1) Ich habe nur die deutsche Staatsangehörigkeit</p> <p>(2) Ich habe sowohl die deutsche als auch eine andere Staatsangehörigkeit</p> <p>(3) Ich habe nur eine ausländische Staatsangehörigkeit.</p> <p>Seit wie vielen Jahren leben Sie in Deutschland?</p>
F29_1	sgebind	Seit meiner Geburt
F29_2	jahreind	Seit etwa ____ Jahren
F30	geschl	<p>Welches Geschlecht haben Sie?</p> <p>(1) Männlich</p> <p>(2) Weiblich</p> <p>(3) Divers</p>
F31	alter	Bitte geben Sie Ihr Alter in Jahren an.
F32	religion	<p>Bitte geben Sie an, welcher Religion Sie angehören oder sich am ehesten zugehörig fühlen.</p> <p>(1) Einer christlichen Religion (z.B. Protestanten, Katholiken, Orthodoxe, evangelisch-freikirchliche Christen)</p> <p>(2) Einer islamischen Religion (z.B. Sunniten, Schiiten, Aleviten, Ahmadi)</p> <p>(3) Einer anderen Religion (z.B. Juden, Buddhisten, Hinduisten)</p> <p>(4) Keiner Religion</p>
F33	finanz	<p>Wie gut kommen Sie mit dem Geld zurecht, das Ihnen im Monat zur Verfügung steht?</p> <p>(1) sehr schlecht</p> <p>(2) 2</p> <p>(3) 3</p> <p>(4) 4</p> <p>(5) 5</p> <p>(6) 6</p> <p>(7) 7</p> <p>(8) 8</p> <p>(9) 9</p> <p>(10) sehr gut</p>
F34	sozhilfs	<p>Erhalten Sie staatliche Unterstützung oder Arbeitslosengeld (z.B. ALG I, ALG II, Hartz IV oder Sozialhilfe)?</p> <p>(0) Nein</p> <p>(1) Ja</p>

F35

bland

In welchem Bundesland leben Sie zur Zeit?

- (1) Baden-Württemberg
- (2) Bayern
- (3) Berlin
- (4) Brandenburg
- (5) Bremen
- (6) Hamburg
- (7) Hessen
- (8) Mecklenburg-Vorpommern
- (9) Niedersachsen
- (10) Nordrhein-Westfalen
- (11) Rheinland-Pfalz
- (12) Saarland
- (13) Sachsen
- (14) Sachsen-Anhalt
- (15) Schleswig-Holstein
- (16) Thüringen

F36

ort

Wie viele Einwohner hat der Ort, in dem Sie zur Zeit leben ungefähr?

- (1) weniger als 50.000 Einwohner
- (2) mehr als 50.000 aber weniger als 100.000 Einwohner
- (3) mehr als 100.000 aber weniger als 500 000 Einwohner
- (4) mehr als 500.000 Einwohner



Photo by UHH/RRZ/Mentz

Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg